



Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 142

Dienstag, 21. Juni 1927

34. Jahrgang

Was wird aus der Befoldungsreform?

Verkaufte Versprechungen des Reichsfinanzministers

Die Sozialdemokratie fordert sofortige Hilfe

Der Haushaltsausschuß des Reichstages befaßte sich am Montag mit der Neuordnung der Besoldungsordnung. Abg. Brodau (Dem.) ersuchte die Reichsregierung, eine Vorlage zur Erhöhung der Beamtenegehälter entsprechend der Verteuerung der Lebensmittelpreise, rückwirkend ab 1. April, alsbald einzubringen, so daß sie noch vor den Sommerferien des Reichstages in Kraft treten kann oder doch ab 1. Juli mindestens Vorauszahlungen auf die Erhöhung erfolgen können. Abg. Bender (Soz.) verlangte, daß den Reichsbeamten der Besoldungsgruppe 1 bis 7 rückwirkend auf die neue Besoldungsordnung vom 1. April ab Vorauszahlungen in der Höhe von 20 M. monatlich gezahlt werden sollen. Entsprechende Vorauszahlungen sollen auch den Empfängern von Wartegeld, Ruhegehalt, Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenbezügen gewährt werden.

Darauf legte Reichsfinanzminister Dr. Köhler den Standpunkt der Reichsregierung dar: Die periodisch wiederkehrenden Zusagen über eine Reform unserer Beamtenbesoldung sollen damit ein Ende finden, daß nach der Meinung der Regierung ab 1. Oktober eine wirklich durchgreifende Reform der Beamtenbesoldung stattfinden soll. Die Reichsregierung hat sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß diese Reform der Beamtenbesoldung keine teilweise, sondern eine alle Besoldungsgruppen umfassende sein soll. Sie möchte daher auch davon absehen, prozentale Zuschläge auf Grund der jetzt bestehenden Besoldungsordnung der Beamten zu gewähren. Die Regierung ist davon überzeugt, daß die jetzige Besoldungsordnung so viele Unstimmigkeiten enthält und zu so viel berechtigten Beschwerden Anlaß gegeben hat, daß hierauf keine prozentualen Zuschläge aufgebaut werden können. Es ist daher beabsichtigt, eine neue Besoldungsordnung zu schaffen, die dem entspricht, was vom Parlament schon verlangt wurde und auch von den Beamtenorganisationen für notwendig gehalten worden ist. Bei dem Ausmaße ist natürlich Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches zu nehmen. Nach Meinung des Ministers erfordert eine Besoldungsregelung einen Aufwand von weit mehr als hundert Millionen, ohne Berücksichtigung der Kosten für die Beamten der Eisenbahn und der Postverwaltung. Hieran schließt sich automatisch eine Erhöhung der Bezüge für die Kriegsbeschädigten, die mehr Kosten verursachen als die Ausgaben für die eigentlichen Reichsbeamten. Ich schätze den Gesamtbetrag auf mehrere hundert Millionen. Bei einer solchen Mehrausgabe ist es Pflicht der Regierung, auch über die Deckungsfrage nachzudenken und nicht ohne weiteres die Lösung der Deckung etwa dem Reichstage zu überlassen. Aus diesem Grund hat die Reichsregierung an ihre Zusage, vom 1. Oktober ab die Besoldung zu erhöhen, die Bedingung geknüpft, daß die wirtschaftliche Lage nicht schlechter

wird. Dies soll natürlich nicht heißen, daß schon bei einem etwaigen einmaligen geringeren Eingang von Steuern hiervon abgesehen wird, sondern gemeint ist, daß keine wirtschaftliche Katastrophe eintritt. Ich glaube aber, die feste Zusage hier abgeben zu können, daß ich in der Lage sein werde, für 1927 für den Reichsetat ohne weitere steuerlichen Maßnahmen die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Natürlich müssen auch Post und Eisenbahn für Deckung der erforderlichen Mittel sorgen. Ferner ist zu beachten, daß eine Erhöhung sämtlicher Beamtengruppen erfolgen soll; ebenso sollen die Pensionäre, Wartegeldempfänger und Hinterbliebenen entsprechende Berücksichtigung finden. Die Länder und Gemeinden werden dem Vorgehen des Reiches mehr oder weniger folgen müssen. Wenn ich heute auch noch nicht die Gesamtstellungnahme aller deutschen Länder mitteilen kann, so bin ich doch in der Lage, Ihnen im Namen des preussischen Finanzministers die Erklärung abzugeben, daß Preußen nicht in der Lage ist, früher als am 1. Oktober eine Erhöhung der Beamtenbesoldung in seinem Etat unterzubringen. Ich möchte heute schon ausdrücklich betonen, daß keine Rede davon sein kann, daß den Ländern und Gemeinden von Reich wegen irgend welche Zuschüsse zur Erhöhung der Beamtenbesoldung, weder direkt noch indirekt, gewährt werden können. Sie müssen versuchen, aus ihren eigenen Einnahmen mit der Erhöhung der Beamtenbesoldung fertig zu werden. Abschlagszahlungen jetzt schon zu geben, halte ich für verfehlt, schon aus dem Grunde, weil hierdurch eine Verzerrung der dem Reiche eben nur einmal zur Verfügung stehenden Gelder eintreten würde. Wir sind entschlossen, durchgreifend zu helfen. Es soll keine Beamtengruppe übergangen werden oder übersehen werden. Wir wollen Rücksicht nehmen auf das, was sich im Laufe der sieben Jahre als an der Besoldungsordnung verbesserungsbedürftig erwiesen hat. Aber vor dem 1. Oktober ist das finanziell nicht zu tragen.

In der anschließenden Aussprache stellte Abg. Steinkopf (Soz.) zunächst fest, daß zwischen dem Zentrum und dem Reichsfinanzminister ein Widerspruch über die Frage des Zeitpunktes bestehe. Während Herr v. Guericke mit der Fertigstellung der Besoldungsreform zum 1. Oktober rechnet, habe der Reichsfinanzminister von einer Rückwirkung bis zum 1. Oktober gesprochen. Danach sei er also der Ansicht, daß der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt im November, die Vorlage zu verabschieden habe und daß dann erst bares Geld gezahlt werden könne. Dies werde frühestens zu Weihnachten, vielleicht aber erst später möglich sein. Das sei für die Sozialdemokraten unerträglich, so lange könne man die unteren und mittleren Gruppen der Beamten nicht ihrer Not überlassen.

Die Besoldungserhöhung wird am nächsten Freitag, vom Haushaltsausschuß in Anwesenheit der Finanzminister der Länder, weiter geprüft.

Die Unerfättlichen

Dem Landbund ist der neue Zoll noch zu niedrig

Berlin, 21. Juni (Radio)

Der Reichslandbund bezeichnet in einer Erklärung die in Aussicht genommene Regelung der Zollsätze als eine schwere Enttäuschung für die Landwirtschaft. Ein autonomer Kartoffelzoll von 1 RM. für den Doppelcentner sei vollends unzureichend. Er erwarte vom Reichstag eine erhebliche Heraussetzung des autonomen Satzes. Ferner erklärt der Reichslandbund, daß für Schmalz und Fett eine unzureichende, für Frischmilch überhaupt keine Neu-Zollregelung erfolgt ist. Diesen Fehler der Tarifregelung müsse der Reichstag ausgleichen. Reichsregierung und Reichstag dürfen in kommenden Handelsvertragsverhandlungen unter keinen Umständen eine Schädigung der Deutschen Schweinehaltung zulassen. Zusammenfassend wird erklärt, daß der Reichslandbund in der vom Reichskabinett geplanten Neuordnung des Zolltarifs eine Schädigung der Grundlage, insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft und der ländlichen Neufeldungen erblicken müsse.

Stresemann berichtet

Amlich wird gemeldet:

Das Reichskabinett nahm in seiner am Montag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung den Bericht des

Reichsaußenministers über die Tagung des Völkerbundsrats und die in Genf geführten Verhandlungen entgegen. Es sprach der deutsche Delegation den Dank für ihre Bewährungsleistung aus und stellte die Grundzüge fest, nach denen die eingebrachten Interpellationen über die Außenpolitik beantwortet werden sollen.

Die deutschnationalen Minister sind also mit Stresemann einverstanden, während ihre Provinzpresse wie immer gegen Stresemann tobt.

Die Regierungsbildung in Mecklenburg

Die Volkspartei drückt sich

Schwerin, 20. Juni (Fig. Drahtber.)

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei des Mecklenburgischen Landtages hat auf die sozialdemokratischen Vorschläge zur Verbreiterung der mecklenburgischen Regierung offiziell geantwortet, daß sie das von der S. P. D. aufgestellte Regierungsprogramm nicht als Verhandlungsbasis anerkennen vermöge. Sie neige vielmehr zu der Auffassung, daß die Sozialdemokratische Fraktion mit ihrem Programm eine Regierungsverbreiterung zu verhindern beabsichtige.

Es war von vornherein anzunehmen, daß die Volkspartei zu einer derartigen faulen Ausrede ihre Zuflucht nehmen wird.

Bemerkungen

Was ist deutschnational?

Diese Frage finden wir äußerst treffend, wenn auch nicht gerade sehr vornehm, beantwortet in folgendem Gedicht:

„Wir sind natürlich Monarchisten,
darüber kann kein Zweifel sein.

Auch sind wir patentierte Christen
mit Kinderherzen hold und rein.

Wir sind die Wahren deutscher Treue,
wir sind von altem Schrot und Korn

und schicken monatlich aufs neue
ein Huldigungstelegramm nach Doorn.

Wir haben vier Ministerseffel.
Das gibt der Republik erst Schwung!

Ihr Schutzgesetz ist zwar 'ne Fessel,
doch sind wir für Verlängerung.

Zwar laden wir als Radenhüter
auf Wilhelm neu des Bannes Fluch,

doch nur böswillige Gemüter
entdecken einen Widerspruch.

Monarchisch und republikanisch,
ob Schwarz-Rot-Gold, ob Schwarz-Weiß-Rot,

Berfassung oder nur ein A—wisch ...
Was heißt denn hier: Holland in Not!?

Das ist uns alles ganz egal!
Wir sind sozial! Wir sind feudal!

Wer's nicht begreift, der kann uns mal —
Wir sind so glücklich wie ein Mal,

verflucht noch mal!
Wir sind deutschnational!“

Unerhört, ein solches Machwerk in einer öffentlichen Zeitung abzudrucken! Da sieht man wieder einmal die moralische Verjüngung des „Volksboten“ und der übrigen „Zudenpresse“. Nicht wahr? — Feinlich nur festzustellen, daß dieses Porträt der Deutschnationalen von Deutschnationalen stammt; es ist abgedruckt aus dem in Stahlhelm-Verlag erscheinenden Zeitschrift „Die Standarte“, die in den „Lübecker Blättern“, dem Organ des „vornehmen“ Lübecker Bürgeriums als die „gut geleitete“ „Wochenchrift des neuen Nationalismus“ charakterisiert ist.

Der rüde Ton — Stahlhelmegeist! Das übrige — ja wenn wir so etwas aussprechen, dann ist's natürlich „Hehe“. Aber wenn die Herren vom Stahlhelm das sagen — was ist es dann? —

Vielleicht gibt uns mal Herr Neekels, der unentwegte Lübecker Verteidiger deutscher Belange und Verhunger deutscher Sprach darüber Auskunft oder der leider anonyme Standartenverehrer der grünen Blätter.

Stahlhelm-Heil

Nach dieser Probe „Stahlhelmegeist“ wird auch die an sich nicht gerade weltbewegende Nachricht interessieren, daß drei Sprößlinge Wilhelms des Tapferen neuerdings dem Stahlhelm beigetreten sind. Das gab natürlich Anlaß zu einem großen byzantinischen Rummel, der in Potsdam — wo denn sonst? — gefeiert wurde; die Reden, die der „Stahlhelm“ wiedergibt, unterscheiden sich von denen aus der „guten alten Zeit“ nur dadurch, daß mit dem damit obligat vergossenen Speichel nicht nur wie ehedem das „hohe Herrscherhaus“, sondern auch das „Herz des deutschen Arbeiters“ beselert wird. Vergebene Liebesmüh! Der „deutsche Arbeiter“ ist von anderem Schlage als degenerierte Fürstentöchter. Es ist mit devoten Redensarten nicht zu gewinnen, und dem Stahlhelm zeigt er nicht sein Herz, sondern ganz etwas anderes.

Wie gesagt, an sich ist gegen die Einreihung der Hohenzollernprinzen in den Stahlhelmschwarm gar nichts einzuwenden. Die Herren kennen sich ja schon von der Etappe her, wo sie gemeinsam bei Wein, Weib und Gesang das Vaterland verteidigten, und werden sich gewiß gut verstehen.

Aber interessant ist doch wieder einmal die Geschäftstätigkeit des Hauses Hohenzollern. Bis vor einem Jahr war Herr Claß mit seiner Clique der Geschäftsführer Wilhelms in der Republik. Nachdem aber das Geschäft dieses zweifellos weit gerisseneren Verschwörers durch das unanständige Eingreifen Severings erheblich an Kredit verloren hat, geht das Haus Doorn einfach zur Konfurrenz, die zwar minder begabt aber wohl billiger ist. Es ergibt sich daraus, daß die Behörden allen Anlaß haben, dem Stahlhelm noch weit schärfer auf die Finger zu sehen als bisher. Er ist von jetzt an zu betrachten als die offene Kampforganisation der monarchistischen Gegenrevolution.

Daß das berücksichtigt werde, erwarten wir natürlich auch von den Lübecker Behörden. Ist es z. B. angängig,

daß diese Camelots Wilhelms auch weiterhin mit diesen Eckenknüppeln aufmarschieren dürfen? — Ist Sorge getragen, die Schuljugend vor ihrem gefährlichen Einfluß zu schützen? —

Die weiße Schmach

Braucht man sich durch die Verriäthheiten „nationaler“ Literatur, die trampfhaften und hoffnungslosen Umtriebe der Hohenzollern den Humor nicht weiter stören zu lassen, so gibt es eine Krankheitserscheinung „nationalen“ Geistes, die so grauhaft ist, daß jedem Deutschen, ganz gleich, welcher politischen Ansicht er sein mag, die Schamröthe darüber ins Gesicht steigen muß.

Das ist die fast ungläubliche Epidemie der Friedhoffschändungen, die von Jahr zu Jahr zunehmend, vor allem in Süddeutschland und Westdeutschland grassiert. Im Jahre 1924 wurde der jüdische Friedhof in Beverungen von Hakenkreuzhuten verwüstet, ein Verbrechen, das damals allgemeinen Abshen erweckte. 1925 waren es drei Jüdenfriedhöfe, 1926 schon elf und in der ersten Hälfte des Jahres 1927 wurden bereits in zwölf deutschen Städten und Dörfern jüdische Begräbnisstätten beschmutzt und verwüstet.

Judenprozesse waren das Schandmal der vom Zarismus ausgehenden „schwarzen Banden“ im alten Rußland. Wie viel tiefer als diese Kreaturen des zaristischen Spießsystems stehen noch deutsche Wotansanbeter, die zu dumme und zu feige, offen für ihre irrsinnigen Ideen zu kämpfen, an den Ruhestätten der Toten ihre politischen Organe feiern!

Der Sozialpsychologe mag diesen Uebergang von politischer Verriäthheit in die widerwärtigste Form der Geistesverwirrung mit Interesse studieren. Wir ändern können solche Massenverbrechen nicht mit Geisteskrankheit entschuldigen. Wir sind entsetzt über diese Anzeichen tierischer Verrohung mitten in unserem Volk. Wir klagen an die, die mit verantwortungs- und sinnloser Hege die heiligen Grundlagen für dieses Verbrechen geschaffen haben. Wir empfinden diese Schandthaten als eine Schmach für Deutschland. Und wir hoffen, daß sich auch aus andern politischen Lagern Stimmen erheben werden, diese Schmach an den Pranger zu schlagen und zu bekämpfen.

Sollten wir wieder einmal zu viel hoffen?

Sommertagung des Preussischen Landtags

Ein Riesenarbeitsprogramm

Der Preussische Landtag, der am Montag wieder zu seiner Sommertagung zusammentritt, will in den vierzehn Tagen bis zum 2. Juli ein außerordentlich reiches Arbeitsprogramm erledigen. Es ist beabsichtigt, nicht weniger als sechs große Gesetzesentwürfe noch vor der Sommerpause zu verabschieden, darunter die neue Stadt- und Landgemeinde-Ordnung, das Polizeibeamtengesetz, die Gesetzesentwürfe über Groß-Altona und das neue Elektrizitätsgesetz, das die staatlichen Elektrizitätsunternehmen zu einer großen Gesellschaft zusammenfaßt. Es wird sehr ansehnlicher Arbeit bedürfen, um gegen den Widerstand der Rechtsparteien dieses ungewöhnlich reiche Programm anzuarbeiten.

In der ersten Sitzung nach den Pfingstferien am Montag merkte man von diesem Arbeitsprogramm noch wenig. Ein kleiner Gesetzesentwurf über die Kanalisierung der Riers (Rheinland) nahm den Hauptteil der dreistündigen Sitzung in Anspruch. Daneben wurde eine kleinere Gesetzesvorlage verabschiedet, die den jetzigen Zustand, daß Oberamter Richter als Hilfsrichter wieder einzusetzen und beschäftigt werden können, um weitere zwei Jahre verlängert. Ein sozialdemokratischer Antrag, diese Hilfsrichter wenigstens nicht in Strafgeschäften zu verwenden, drang leider nicht durch. Zum Schluß wandte sich das Haus der zweiten Lesung der Gesetze zu, die an der Unterelbe die Gemeinden Altona und Harburg-Wilhelmsburg zusammenfassen und den Ausbau des Elbdeichgebiets auf der preussischen Seite sicherstellen sollen. Man kam indessen nicht über die Einleitungsrede des Berichterstatters hinaus.

Die Debatte selbst wurde auf Dienstag vertagt. Außerdem steht die zweite Lesung der Landgemeinde-Ordnung auf der Tagesordnung, die jetzt endlich in neunten Jahre nach der Revolution die Auflösung der Gutsbesitzer bringen soll.

Die Sparkassenaufwertung

Am Montag machte der Reichsjustizminister in einem Unterredung des Reichstages des Reichstages grundlegende Ausführungen über die geplante Sparkassenaufwertung. Danach haben die Länder sich bereit erklärt, die gesamte Leistungsmasse der Sparkassen zu Gunsten der Sparkassenbesitzer zu verwerthen. Auf diese Weise werden die Sparkassenbesitzer, soweit eine entsprechende Masse vorhanden ist, eine Aufwertungsquote über 125 Prozent erhalten. Die Länder sind weiter bereit, dafür zu sorgen, daß jede Sparkasse den Mindestsatz von 125 Prozent aus eigener Kraft oder durch Heranziehung der Garantien aufbringt. Einzelne Länder haben sich jedoch vorbehalten, einen Teil der Ueberhörsbeiträge über 125 Prozent, die sich bei leistungsstarken Kassen ergeben, leistungsstarken Kassen zugunsten, damit diese den Aufwertungsatz von 125 Prozent zahlen können.

(Für Lübeck haben diese Beschlüsse ja leider kaum eine Bedeutung, da eine staatliche Sparkasse hier ja nie bestanden hat. D. K.)

Die Sowjetgranaten vor Geri

Die Wahrheit der sozialdemokratischen Behauptungen erneut erwiesen

Am Montag gelangte vor dem Amtsgericht Berlin-Klein die Klage des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Künzler gegen die verantwortliche Redakteurin des in Halle von der kommunistischen Partei herausgegebenen „Klassenkampfes“ zur Verhandlung. Im Laufe der im wenige Monate zurückliegenden Verhandlungen über die Lieferung von Sowjetgranaten an die Reichswehr hatte Künzler ein Geständnis veröffentlicht, das er mit zwei Arbeitern geteilt hatte, die früher in der von den Kommunisten geleiteten russischen Gijgasfabrik gearbeitet hatten. Die kommunistische Partei fiel über diese Veröffentlichung her unter der Fäulnis „Alles Schwindel“. Das Kommunistenblatt in Halle hat dazu ein Verbot und begehrt Künzler als einen Lügenfäulnis.

Der dem Berliner Amtsgericht hatten die Kommunisten aus Verlegenheit die angeblichen Lügen aufgedeckt. Was aber geschah? Auf die schriftliche Klage hatten die Kommunisten überhaupt nicht geantwortet und auf die mündliche Unterstützung des Bezogen Dr. Kurt Rosenfeld, Zeugen zu lassen, blieb die verantwortliche Redakteurin die Antwort

Reichstag und Alkohol!

Erste Beratung des sog. Schankstättengesetzes

Alkoholgegner laßt alle Hoffnung fahren!

Die Montagigung des Reichstages wurde mit der ersten Beratung des Schankstättengesetzes eröffnet. Seit einer Reihe von Jahren beschäftigt sich das Parlament öfters mit der Alkoholfrage, ein Zeichen für die wachsende Erkenntnis, daß der Alkoholverbrauch eine bedeutende volkswirtschaftliche und kulturelle Angelegenheit ist. Im Gegensatz zu den vorjährigen heißen Kämpfen um das Gemeindebestimmungsrecht verlief diese Sitzung in beschaulicher Ruhe. Der Grund dafür ist, daß von der Reichsregierung vorgelegte Gesetzesentwurf wirklich eine große Aufregung nicht wert ist. Er geht um die meisten Alkoholprobleme vorzüglich herum.

Das ist überhaupt bezeichnend für die Haltung, die die bürgerliche Reichsregierung und die meisten bürgerlichen Abgeordneten gegenüber der Alkoholfrage einnehmen, daß sie zwar immer wieder feierlich geloben, sie wollten den Alkoholismus eindämmen, aber ebensowenig sich davor hüten, dem Alkoholgewerbe irgendwelchen Schaden zufügen zu wollen. Der jetzige Gesetzesentwurf charakterisiert diese Heuchelei. Er geht zurück auf einen, von den Deutschen in den eingetragenen Antrag, die Reichsregierung möge ein Gesetz zum Schutze der Jugend gegen den Alkoholismus vorlegen. Statt dessen kommt ein Gesetz, das den Jugendschutz auf diesem Gebiete abbaut. Das ist umso kennzeichnender, als seit Jahren für erhöhten Schutz gegen die Schandliteratur und gegen schlechte Lustbarkeiten von den gleichen Parteien und von den gleichen Ministern gekämpft wird, die jetzt die Jugend in erhöhtem Maße der Alkoholfahrt auszuliefern am Werke sind.

Im wesentlichen bringt der Gesetzesentwurf nur eine Zusammenfassung der jetzt schon in verschiedenen deutschen Ländern vorhandenen Bestimmungen. Der Schankstättendienst wird von einer Konzeption abhängig gemacht und die Voraussetzungen für diese Konzeption ist die Anerkennung, daß ein Bedürfnis vorliegt. Der Majestätsverstoß wird entgegen den einmütigen Forderungen der Gastwirte nicht konzeptionspflichtig gemacht. Im einzelnen läßt der Gesetzesentwurf den Ländern und Gemeinden großen Spielraum. Nach wie vor wird die Konzeptionsentwurf ziemlich stark der Verwaltungswillkür ausgeliefert werden. Das sogenannte Gemeindebestimmungsrecht, also die Selbstbestimmung der wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen einer Gemeinde, in welchem Umfange in dieser Gemeinde Alkohol ausgehandelt werden darf, ist in diesem Gesetz nicht aufgenommen.

Die Begründungsrede hielt der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius. Er bezeichnete als den Zweck des Gesetzes, es solle den Landesbehörden die Möglichkeit geben, das weitere Entstehen von Schankstätten zu verhindern. Eine Trottelsetzung Deutschlands sei von der Regierung nicht beabsichtigt.

Eine solche Absicht hat u. W. auch keine nennenswerte Gruppe in Deutschland gehabt. Die Sozialdemokratie schied eine Frau aus dem Industriegebiet, die Abgeordnete Schütz (Westfalen) als Rednerin vor. Sie erzählte sich sehr rasch Aufmerksamkeit im Hause, weil sie mit diesem weiblichen Empfinden und echtem sozialen Gefühl die Alkoholnot gerade auch im Proletariat vortrug. Sie schilderte die Unzulänglichkeiten des Gesetzes, das nicht zu einer Verringerung des Alkoholverbrauchs führen könne. Unter lebhaftem Beifall der Fraktion kündigte sie die sachliche Mitarbeit an einer wesentlichen Verbesserung der Vorlage an. Auch für die Zentrumspartei sprach eine Frau und zwar die Abgeordnete Philipp-Baden. Sie meinte, man sei zwar in der Theorie einig, daß der Alkohol bekämpft werden müsse, aber in der Praxis gehe man sehr verschiedene Wege. So konnte sie auch nur für ihre Person und keineswegs für ihre Fraktion reden. Man kann an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß gerade die Parteien, die auf ihr Christentum so großen Wert legen, das Gleichnis vom barmherzigen Samariter zu vergessen scheinen, wenn es sich um die Volksgenossen handelt, die am Alkohol zugrundegehen. Von dem Wirtschaftsparteiler Molath konnte man natürlich keinerlei Verständnis für die Alkoholfrage erwarten. Er vertritt eine Partei, die nur wirtschaftliche Interessen sieht und die von den kulturellen Erneuerungsbedürfnissen des Volkes nichts weiß oder nichts wissen will. Um die Schwächen des Gesetzes zu verdecken, gab sich Herr Molath den Anschein, als sei das Alkoholgewerbe sehr unzufrieden mit dem Gesetzesentwurf, während er innerlich sicherlich davon überzeugt ist, daß dieser Gesetzesentwurf dem Alkoholismus in Deutschland keinen Abbruch tun wird. Einig sind wir mit ihm darin, daß der anständige Gastwirtsstand geschützt werden soll, das aber wird durch diesen Gesetzesentwurf nicht geschehen. Von den Demokraten sprach der Abgeordnete Sparrer, der positive Kritik an dem Gesetzesentwurf übte. Auch der bayerische Volksparteiler Schürmer hatte einige vernünftige Verbesserungsvorschläge zu machen, drohte aber schließlich, daß sich die Bayern ihr Bier nicht nehmen lassen würden.

Mit dem üblichen christlichen nationalen Pathos sprach der deutsche nationale Abgeordnete Rippel. Er redete viel von Sittlichkeit und heiligen religiösen Pflichten, gab aber gleichzeitig bekannt, daß auch die Freunde des Gemeindebestimmungsrechts in seiner Partei nun dieses Recht nicht wieder mit dem Gesetzesentwurf verbinden wollten. Also auch von den Deutschen nationalen ist in der Alkoholfrage nichts zu erwarten, worauf hinzuweisen sich verlohnt, weil ja gerade diese Kreise im Lande von den Kanzeln und Versammlungstribünen über die angeblich „Laxe Moral“ der Sozialdemokratie herfallen. — Die Frage, ob der Gesetzesentwurf dem Bevölkerungswachstum oder dem volkswirtschaftlichen Aufschwung zu überwiegen ist, wurde durch Sammelstimmung zugunsten des letzteren entschieden.

Der dänische Parteitag

Kopenhagen, 16. Juni (Eig. Bericht)

Am Mittwoch fand der zwanzigste Parteitag der dänischen Sozialdemokratie nach vierjähriger erfolgreicher Arbeit seinen feierlichen Abschluß. Um seine Bedeutung zu erkennen, muß man einen gewissen Unterschied zwischen dem dänischen sozialistischen Parteitag und dem deutschen Parteitag erkennen. Während die deutschen Parteitage in der Öffentlichkeit ihre verschiedenen Ansichten verhandeln, sind die dänischen Parteitage in der Öffentlichkeit und Paroleausgabe für die Partei. Eine gewisse Arbeitsteilung hat sich herausgebildet, die Festlegung des Parteiprogramms, der Parteitaktik und die Voraussagen der nächsten Aufgaben der Partei erfolgt im allgemeinen vor dem Parteitag innerhalb der verschiedenen Parteifrakturen wie Fraktion, Gemeindevorsteherkonferenzen u. a. Der Vorstand legt dem Kongress die Ergebnisse solcher Beratungen und zusammenfassende Resolutionen vor, die von den einzelnen Rednern in der Regel nur unterstützt werden, während eventuelle Meinungsverschiedenheiten vorher ausgeglichen werden.

Diese in jahrzehntelanger Tradition entstandene Aufgabe, Stärke und Willen der Partei in geschlossenen, möglichst einheitlichen Kundgebungen der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, sollte der Parteitag in Beside ausgeglichen. Wichtigkeiten in allen staatlichen Instanzen zu ertönen, dieses Ziel kam immer wieder in den Redneren zu den verschiedenen Programmpunkten zum Ausdruck. Ein besonderer Punkt der Tagesordnung, „Organisation und Agitation“ zählte die Technik dieses Kampfes auf, teilte die Erfahrungen mit den verschiedenen Agitations- und Organisationsmitteln mit und reichte sich damit ein in die realpolitische Grundbestimmung, die den Kongress von seiner Gründung bis zu seinem Schluß bezieht. Der Parteitag in Dänemark 1923 hatte der dänischen Partei ein Programm gegeben, ein Programm, das die Errichtung eines sozialen Volksstaates auf dem schnellsten und sichersten Wege erzielte, der Par-

teitag in Beside beschäftigte sich mit der Anwendung dieses Programms in der aktuellen politischen Situation, er stellte die sozialen Forderungen des Programms dem im Lande herrschenden antisozialen Regierungskurs entgegen.

So mußte er sich mit den aktuellen Problemen dänischer Wirtschaft und Politik befassen, mit der Wirtschaft- und Arbeitslosigkeit (Referent für die Industrie Stauning, für die Landwirtschaft Bording) mit der Sozialpolitik (Referent Berbererg), aber über diesen Einzelheiten stand der Kampf gegen die jetzige Regierung überhaupt. Wenn in der einstimmig angenommenen Resolution über die Wirtschaftspolitik der Partei eine absolute Verwerfung jeglicher Schutzölle vermieden wird, so spricht hieraus sowohl die Notwendigkeit, alle Mittel zur Beseitigung der fortschreitenden Arbeitslosigkeit in Anspruch zu nehmen, wie die kluge politische Taktik, sich freie Hand zu lassen in dem Konflikt, der sich zwischen den beiden regierenden Parteien, den freihändlerischen Bauern und den schutzölklerischen Konservativen in der Zollfrage aufgetan hat. Die Debatte zur Sozialpolitik gestaltete sich zu einem einzigen scharfen und gewaltigen Protest gegen die Beschneidung der Sozialbudgets und der Beamtengehälter, die von der Regierung inzwischen vorgenommen wurde.

Ein so auf die aktuellsten und drängendsten politischen Fragen eingestellter Parteitag konnte sich natürlich nicht viel mit weltweiten und außenpolitischen Problemen befassen, denn das kleine Dänemark wird von ihnen zwar mitgerissen, kann dabei aber keine entscheidende Rolle spielen. Inzwischen brachte Stauning in seinem Referat über die Wirtschaftslage ein Bekenntnis zur Schaffung der europäischen Zollunion und in seinem Parteitagbericht fand er warme Worte für die Friedenspolitik der sozialistischen Internationalen. So steht die dänische Sozialdemokratie nach diesem Parteitag fest und sicher mit guten Siegeshoffnungen im Kampf um die Erlangung der Regierungsmacht und um die Verteidigung der Völker.

schuldig. Sie trug nur schüchtern vor, daß sie Zweifel an der Richtigkeit der Angaben Künzlers gehabt habe. Daraufhin hätte sie in ihrem Staat von Künzlers Lüge gesprochen.

Die Situation fand also für die Redakteurin schon nicht gut über was noch zu verberchen war, verberch der kommunistische Rechtsanwalt Dr. Samter als Verteidiger der Angeklagten durch fortgesetzte Angehörlichkeiten. Er verurteilte zunächst unter allerlei Vorwänden die Unzuständigkeit des Gerichtshofes nachzuweisen, und als ihm das ebenfalls nicht glückte, bemühte er sich, die Behauptungen des kommunistischen Anwaltes aufrecht zu erhalten, ohne jedoch auch nur den geringsten Beweis dafür anzuführen. Schließlich erklärte er, Künzler selbst hätte die Aufgabe, nachzuweisen, daß er nicht gelogen habe.

Die kommunistische Redakteurin fand also völlig heweislos da. Die Folge war ihre Verurteilung wegen formeller Beleidigung und übler Nachrede zu 150 RM. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, daß jemand, der einem anderen einen Ungehör nennt, die moralische Pflicht habe, seine Behauptung zu beweisen. Diese Pflicht konnte die Angeklagte aber nicht erfüllen, da sie sich lediglich auf Behauptungen stütze. Bei diesem Sachverhalt könne man es dem Kläger nicht verübeln, daß er es nicht für nötig halte, seinerseits sich schon Zeugen zu benennen, um so weniger als den Zeugen vielfach Schwierigkeiten entstehen könnten.

Also selbst die Kommunisten wagen nicht einmal mehr in öffentlichen Gerichtsverhandlungen erheben zu bestrafen, daß eine Gijgasfabrik in Rußland bestanden hat und diese Fabrik — der deutschen Reichswehr in Verbindung stand.

Der russische Standpunkt ist hierbei interessant, daß das Berliner Gericht sich offenbar auf einen grundsätzlich anderen Standpunkt gestellt hat als der Lübecker Richter am letzten Sonntag.

Dieser betrachtete die Klage des Gen. Leber, dem die anonymen hanseatischen Schimpfholde Lügen vorgeworfen hatten, ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der formalen Beleidigung. Die Frage, ob ein sachlicher Kern hinter den Angriffen stand, interessierte ihn gar nicht, infolgedessen auch nicht der Tatbestand der „üblen Nachrede“. Dadurch benahm er dem Kläger die Möglichkeit, volles Licht über die Sache zu verbreiten, und erleichterte es den Beklagten, sich um den Wahrheitsbeweis herumzudrücken.

Das Berliner Gericht forderte dagegen geradezu den Wahrheitsbeweis; und da er nicht versucht wurde, daß es den Tatbestand der üblen Nachrede als gegeben an. Das scheint juristische Tüftelei, ist aber praktisch von der allergrößten Bedeutung und wir möchten bei dieser Gelegenheit betonen, daß wir die Praxis des Lübecker Richters gegenüber dem Berliner für grundsätzlich falsch halten.

Vilhufski jagt den oberbleiblichen Geim nach Hause

Rattowiz, 20. Juni. (Eigene Bericht.)

Der Staatspräsident hat durch Dekret die Session des schlesischen Sejms ab Montag geschlossen. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß der schlesische Sejm dem Wojwoden Gracziński wegen der durch den Terror bei den Gemeindevorständen Unterdrückung der Wahlberechtigten das Mißtrauen ausgedrückt hat. Die jetzt erfolgte Auflösung des schlesischen Sejms zeigt, daß die Warschauer Regierung den Wojwoden und die Aufständischen völlig deckt. Die Maßnahme hat in der Bevölkerung großes Befremden hervorgerufen. Man glaubt allgemein, daß die Warschauer Regierung über die wirklichen Vorgänge und das Treiben der Terroristen bei den Wahlen in Polnisch-Oberschlesien nur falsch unterrichtet worden ist.

Perlach

Von Otto Landsberg

Im Prozeß gegen die Genossen Schilling, Schilow, Wendel und Hallup wegen Verleumdung des Pfarrers Hell sind Schilling und Schilow zu je 2000 RM., Wendel und Hallup zu je 1000 RM. Geldstrafe verurteilt worden, während die Genossen Wringhaus und Holz freigesprochen worden sind.

Der Urteilsbegründung ist folgendes zu entnehmen: Es sei festgestellt, daß der Privatkläger mit seinen Angaben die zu verhaftenden Arbeiter belästigt hat. Pfarrer Hell habe es auch abgelehnt, auf die Mitteilung des Zeugen Keil hin einzugreifen, wodurch die zwölf Arbeiter vor ihrem Schicksal vielleicht bewahrt worden wären. Eine ruhige und sachliche Würdigung dieses Verhaltens des Pfarrers Hell darf aber nicht außer acht lassen, daß die damalige Zeit eine außerordentlich aufgeregte, stürmische und gefährliche war, und daß der Privatkläger auf Grund einer bei Ludwig gefundenen Liste sich als eine zu verhaftende Geisel fühlen mochte. Es könne keine Rede davon sein, daß der Pfarrer Hell in Wirklichkeit der Schuldige an der Erschießung der zwölf Arbeiter sei. Die Auslegung, das Verhalten des Pfarrers stelle mit der von ihm vertretenen Morallehre im Widerspruch, sei eine über das zulässige Maß selbst für eine Satire weit hinausgehende Übertreibung.

Der König Pyrrhus von Epirus soll nach einer Schlacht, in der er nur unter erheblichen Verlusten die Oberhand behalten hatte, in die Worte ausgebrochen sein: „Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren“. Der Pfarrer Hell braucht keinen zweiten „Sieg“ abzuwarten, bevor er den Schiffbruch seiner Sache eingesticht. Die Begründung des Urteils des Münchener Amtsgerichts ist für ihn vernichtend. Er hat sein Schicksal verdient.

Das Dorf Perlach bei München war von den Wellen, die die politische Erregung zu Anfang des Jahres 1919 schlug, nicht verschont geblieben. Anonyme Schmähs- und Drohbriefe flogen einzelnen Honoratioren ins Haus. Nächtlernerweise wurde ein Perlacher Bürger, der sich den Weißgardisten angeschlossen hatte, bei einem Besuch in der Heimat von bewaffneten Männern mit dem Tode bedroht. Ab und zu fielen während der Dunkelheit in der Nähe des Dorfes Schüsse. Der guten Gesellschaft von Perlach bemächtigte sich eine starke Erregung, die sich wie stets als der beste Nährboden für ungeheuerliche Übertreibungen erwies. Man erzählte sich, die radikalen Elemente des Dorfes seien mit russischem Geld ausgestattet, das ganze Dorf solle im Anschluß an die Maifeier von den Roten in Brand geschossen und ausgeplündert werden. Die Roten hätten die Absicht, alle Pfarrer, Lehrer und Bürgermeister der Gegend als Geiseln wegzuführen und dergleichen mehr. Am 4. Mai erbat die Gattin des Pfarrers Hell von Perlach in ihrer Angst telefonisch vom Freikorps Lühow, das in München stand, polizeilichen Schutz. Ihr Hilferuf hatte zur Folge, daß eine Abteilung Soldaten unter Leutnant Pözl mit dem Auftrage nach Perlach entsandt wurde, dort für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Anscheinend hat sich Pözl noch in München eine Liste mit den Namen einer Reihe von Perlacher Arbeitern verschafft, die sein Gewehrman für Linienradikale hielt. In Perlach angelangt, suchte Pözl den Pfarrer Hell auf. Dieser hat in der Hauptverhandlung angegeben, seiner Auffassung nach, die er auch schon damals gehabt habe, würde durch die Einquartierung einer militärischen Abteilung jede fernere Störung der Ruhe des Ortes verhindert worden sein. Er hat es aber nicht für nötig gehalten, diese seine Meinung dem Pözl kundzutun. Ihm hat er vielmehr gesagt, daß die denunzierten und auf der Liste verzeichneten Leute „die Gefolgschaft des Ludwig“ seien, d. h. eines Hafnermeisters, der kurz zuvor von der Mehrheitssozialdemokratie zur USPD übergetreten war und der in Perlach im Rufe einer besonders radikalen Gesinnung stand. Und ferner hat Hell nach der eidlischen Befragung eines bei dem Gespräch zugegen gewesenen Offiziers einige von den Perlachern, nach denen Pözl sich bei ihm erkundigte, als Unruhstifter bezeichnet. Dabei hat Hell wieder in der Hauptverhandlung zugegeben, daß er von den zahlreichen auf der Liste genannten Männern nur drei gekannt habe. Nachdem Hell dem Pözl Informationen erteilt hatte, fragte er den Offizier, was denn wohl mit den Leuten geschehen werde. Pözl antwortete, die werden wohl nicht mit dem Leben davonkommen. Hell wurde infolge dieser Mitteilung zwar bestürzt, er fühlte sich aber nicht bewogen, sich für die Perlacher einzusetzen und war im Gegenteil bemüht, von dem hinzugehaltenen Sicherheitskommissar von Perlach Belastungsmaterial gegen die Unglücklichen zu erhalten, wobei er dem Kommissar sagte:

„Die (nämlich die Soldaten) machen nicht viel Federlesens, die Leute, die sie festnehmen wollen, werden an die Wand gestellt werden.“

Zwölf auf der Proskriptionsliste verzeichnete Männer wurden im Laufe der nächsten 10 Stunden verhaftet. Die Frau des einen von ihnen, Frau Keil, suchte in ihrer Herzensangst den Pfarrer Hell, der ihr Seelsorger war, auf und beschwor ihn, daß er die Festgenommenen zu retten suchen solle. Sie seien Mehrheitssozialdemokraten. Es heiße, daß sie erschossen werden sollen. Herr Hell aber lehnte jedes Einschreiten mit der Begründung ab, daß er die Leute nicht kenne. Aus der Befragung zweier höherer Offiziere vom Korps Lühow, die im Prozeß vernommen worden sind, geht hervor, daß die Perlacher gerettet worden wären,

wenn Hell nur ein Wort zu ihren Gunsten gesagt hätte.

Um sich Schutz zu verschaffen, hatte er das Korps Lühow telefonisch angerufen. Zugunsten von Männern, deren Leben, wie er wußte, im höchsten Maße gefährdet war, führte er eine telefonische Verbindung mit den Stellen, deren Eingreifen eine Massentötung hätte verhindern können, nicht herbei. Die Verhafteten wurden nach München gebracht und dort auf Befehl des Pözl von einem Peloton unter Wachtmeister Prüfert erschossen. Einige Tage später veröffentlichte Hell im evangelischen Gemeindeblatt für seinen Sprengel einen Bericht über den Vorfall. Darin bezeichnete er die Erschießung der zwölf Männer als einen Beweis für die Richtigkeit des Wortes: „Wenn die Not am größten ist, ist Gottes Hilfe am nächsten.“ Dabei hat er gewußt, daß sich unter den Getöteten auch ein gewisser Hünig befand, der ihm als ein durchaus ehrenhafter Mann bekannt gewesen war.

Herr Hell hat es für gut befunden, eine Reihe von sozialdemokratischen Schriftstellern vor Gericht zu ziehen, die der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß sein Verhalten mit der christlichen Morallehre im Widerspruch stehe und daß er der

eigentliche Verantwortliche für die Erschießung der 12 Perlacher sei. Die Hauptverhandlung verlief für ihn, wie man sich denken kann, nicht gerade angenehm. Am schmerzlichsten wird für ihn wohl die Aussage des katholischen Geistlichen von Perlach gewesen sein, der als Zeuge mit Nachdruck bezeugte:

„Hätte ich eine Ahnung davon gehabt, daß Männer von Perlach den Kopf in der Schlinge haben, so hätte ich alles, was in meiner Macht stand, getan, um sie zu retten, damit nicht Unschuldige getötet werden.“

Wenn sich also die protestantischen Geistlichen gewandt hätte, würden ihr Mann und die 11 anderen heute wohl noch am Leben sein. Trotz des Ergebnisses der Beweisaufnahme ließ Herr Hell durch seine Vertreter gegen die Genossen Schilling und Wendel Freiheitsstrafen in Antrag bringen!

Die Strafen gegen die Männer, die ihrer Empörung über das Verhalten Hells kräftig Ausdruck gegeben haben sind hoch, viel zu hoch. Aber Herr Hell wird an dem Urteil dennoch keine Freude empfinden. Die Feststellungen des Gerichts, daß er durch seine Angaben Männer belastet hat, die ihm nach eigenem Geständnis nicht bekannt waren und daß er jedes Eingreifen zugunsten der von einem gewalttätigen Tode Bedrohten abgelehnt hat, die er, wie das Gericht mit überzogener Vorsicht sagt, vielleicht vor ihrem Schicksal hätte bewahren können, sind für ihn um so zerschmetternder, als das Bestreben des Gerichts, ihn zu schonen, unverkennbar ist. Was hilft es ihm, daß das Gericht für seine Erregung Verständnis gezeigt hat, die Erinnerung daran, daß sein Leben in Gottes Hand ist, wohl hätte mildern können. Was kann es ihm frommen, daß das Gericht es abgelehnt hat, die Auffassung sich zu eigen zu machen, daß er der wahre Schuldige an der Erschießung der 12 Arbeiter sei! Er hat auch nach der Ansicht des Gerichts zwei sehr wesentliche Bedingungen zu der Begehung der furchtbaren Tat gesetzt und sich damit in den Augen jedes objektiven Denkers zumindest mitschuldig gemacht und ebensowenig kann ihm die Auffassung des Gerichts von irgendwelchem Nutzen sein, daß ihm ein Widerspruch zwischen seinem Verhalten und der von ihm vertretenen Morallehre nicht nachgesagt werden könne. Jesus von Nazareth würde hierüber ein anderes Urteil gefaßt haben als das Amtsgericht München.

So kann ich denn den Bericht über den Perlacher Mord und die Würdigung des Verhaltens des Pfarrers Hell in der traurigen Angelegenheit mit den Worten schließen:

Die Angeklagten sind verurteilt, der Pfarrer Hell aber ist gerichtet.

DER BROTKORB

Es kosteten
10 Pfund
Eßkartoffeln:



Vor dem Krieg: 35 Pf.
Vor 6 Monaten: 55 Pf.
Vor 6 Wochen: 70 Pf.
In dieser Woche: 85 Pf.

Wo bleibt der Zollabbau, Herr Volksernährungsminister?

Kommunistenprozeß in Stuttgart

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat mit seinem Präsidenten Niedner eine Dienstreise nach Stuttgart angetreten, um hier einen umfangreichen Prozeß gegen Angehörige der kommunistischen Partei zu verhandeln. Der Prozeß hat am Freitag begonnen und man schätzt seine Dauer auf mehrere Wochen. Das Polizeipräsidium hat Vorkehrungen für einen ungehörten Verlauf getroffen und für die Dauer des Prozesses Umzüge aller Art in der Gegend des Justizgebäudes verboten.

Die Vorgänge, um die es sich handelt, liegen seit 4 Jahre zurück. Damals war die kommunistische Partei verboten und die Polizei spürte daher eifrig jeder Zusammenkunft nach, hinter der sie eine Verletzung gegen das Verbot vermutete. So drang sie auch in Veranstaltungen ein, bei denen nach ihrer Auffassung infolge der Art der Verhandlungsgegenstände der Tatbestand des Hochverrats erfüllt war. Daraus resultierte die Zuständigkeit des Reichsgerichts. In diesem Zusammenhang wurden damals zwei Straftaten begangen, die zugleich abzuurteilen sind. Die Räume des Stuttgarter Kommunistenklubs, der „Südd. Arbeiterzeitung“ in der Geisstraße, waren von Polizeiführern besetzt. Gegen diese Besetzung wurde nun in der Nacht des 26. November 1923 von außen her ein Bombenananschlag verübt, der jedoch nur Materialschaden anrichtete. Die Anklage lautet aber auf versuchten Mord und richtet sich gegen die Mechaniker Hermann Ruoff und Max Stank, sowie den Friseur August Groß. Am Tage darauf wurde das zweite Verbrechen begangen. Der Kriminaloberwachmeister Tschelch überraschte mit einem zweiten Beamten gemeinsam eine geheime Sitzung der Kommunisten in dem Stuttgarter Vorort Ostheim. Er fand keine Kollegen zur nächsten Polizeiwache, um Hilfe herbeizuholen, und wollte inzwischen die Anwesenden mit vorgehaltener Revolver bestimmen halten. Als die anderen Beamten erschienen, lag jedoch der Wachtmeister mit durchbohrter Brust sterbend im Hausflur. Die Sitzungsteilnehmer waren verschwunden. Wegen dieser Tat fand des Mordes angeklagt der Tabakschneider Emil Göckler, der Werkmeister Otto Baifhardt und der frühere Redakteur des kommunistischen Blattes, Otto Lämmler.

Frau Sixta

Ein Roman aus den Bergen
Von Ernst Zahn

4. Fortsetzung

Die Kellnerin trat an seinen Tisch und begann auch ihrerseits ihm um Weg und Gehst zu fragen.

Er wich ihr aus. Jetzt trat und entgegen seiner Gewohnheit weder ihre Hübschheit noch ihre Zukunftslichkeit mehr beachtend, gab er Bescheid. Als er nach einer Weile sich erhob, um sich schlafen zu legen, fragte er nach der Wirtin, mit der er noch sprechen wollte.

„Sie ist wohl in der Schreibstube.“ antwortete die Anna.

„Da darf man sie nicht stören.“

„Schreibstube?“ fragte Markus gedankenlos.

„Ja“, bestätigte die andere eifrig. „Sie hat immer die Bücher geführt und mit der Sekretärin zusammen alle Schreibereien besorgt. Es gibt viel davon in dem großem Betrieb.“

„Wenn Ihr sie noch leht.“ sagte Markus, „so sagt ihr, daß ich hierbleiben will, solange sie mir Arbeit weiß.“

Die Anna sagte: „Ei, schön! Herr Kollege also!“ Und sie bot ihm die Hand. Der Fremde griff ihr, wie schon mancher andere.

Er reichte ihr die seine, aber er gab ihr den bedeutsamer Druck nicht zurück, mit dem sie ihn bedachte. Er wünschte ihr gute Nacht und begab sich in seine Kammer.

Die Anna freute sich über den Mann mehr, der im Hause war. Und seine Zurückhaltung steigerte ihre Neugier. Sie wollte gern sehen, wie der sich noch anhielt.

Markus öffnete sein Fenster und sah in die Nacht hinaus. Sie war kalt und klar und so still, daß die Sterne, die in geringer Zahl, aber mit einem unerhörten Glanz aus dem schwarzen blauen Nachthimmel leuchteten, zu tönen schienen, während sie flirrten und flammten. Dann klang aus einem nahen Stall das Geräusch sich regenden Viehs. Markus fuhr sich über die Stirn. Seltzam, wie er hier statt und Raft gefunden! Hoch über den dumpfen Niederungen! Und morgen gab es Arbeit. Er sah plötzlich so etwas wie ein Ziel nach einer Irrfahrt. Das Herz weitete sich ihm. Und wieder mußte er an Frau Sixta denken.

Sie flüchte einem eine merkwürdige Ahtung ein! Es war einem wie ein Vorzug, nun in ihrem Dienst zu stehen!

Die Rotmündin hatte an diesem Abend noch lange zu tun. Ihr Erbe war groß, und sie fertigte ein neues Kapitalverzeichnis an. Die Gemeinde Bergmatten, zu der die Paghöhe und das Wirtshaus zur Brücke gehörten, wollte die Steuer haben. Spät erst schloß sie ihren Schreibtisch. Dann machte sie wie an jedem Abend die letzte Runde durch Haus und Ställe.

Mitternacht war vorüber, als sie ihre Schlafstube aufsuchte.

Diese nahm wohl den Raum dreier Kammern ein. Aber sie war fast. Kein einziges Möbel, das ein bequemes Ausruhen gestattet hätte, befand sich darin. Selbst das zweischläfrige Himmelbett glich einer harten, großen Kiste. Die beiden Stühle hatten gerade, hohe Lehnen. Der Waschtisch trug Geschirr aus kaltem, gelblichem Steingut. Es war kein freundliches Gemach, was es nie gewesen.

Frau Sixta legte sich zu Bett. Aber sie vermochte die Gedanken noch nicht vom Wert des vergangenen Tages und neuer ihrer wartenden Aufgaben zu lösen. Sie blieb halb aufrecht sitzen, den Kopf auf den starken, weißen Arm gestützt, von dem der weite Ärmel ihres Nachtwandts zurückfiel. Während sie unten gerechnet und geschrieben hatte, waren die Jahre, die ihr an der Seite ihres Mannes vergangen, wieder lebendig geworden, deutlicher auch der ganze Umfang ihres Besitzes ihr vor Augen getreten. Dieser Besitz bedeutete Reichtum. Sie hatte das längst gewußt, denn obgleich Kaver Rotmund jetzt viel Wärme gemacht und in den Augen der Leute als der Meister gegolten, hatten doch die Hügel des Haushalts und Geschäfts längst in ihrer Hand geruht. Aber sie hatte mit Befriedigung, was sie wußte, beständig gefunden. Sie schätzte die Menschen nicht hoch ein, und sie war froh, von ihnen unabhängig zu sein. Auch von dem Talamann, der ihr heute so eindringlich seine Dienste angeboten. Sie wußte, daß er nach ihr und ihrem Eigentum schielte und zielte. Und sie empfand eine Art grimmiger Freude, daß sie seiner nicht bedurfte. Sie liebte ihn nicht. Wen liebte sie überhaupt? dachte sie. Mit sechzehn Jahren hatte man sie an den reichen Rotmund, den Herrn des Brückgutes, gegeben. Sie hatte sich nicht gestraut, da er gleich ihre ganze Familie, Vater, Mutter und zwei Brüder, mit ihr zu sich genommen! Aber es sollte sie keiner fragen, was sie dafür in all den Jahren ihrer Ehe erduldet. Der viele Anhang, den sie mitgebracht, war ihr

hinterher vorgehalten worden. Aber das Schicksal hatte lang-

sam, langsam alle Last abgelöst, erst die zarte, stille Mutter hinweggenommen, die Dalberin, die Trägerin eigener und Mitträgerin ihrer, Frau Sixtas, Würde. Dann den leidtätigen Vater, den es mit dem älteren Bruder zusammen im Wintersturm begrub. Es hatte den zweiten Bruder durch die Lamine holen lassen und diesem Raubtier des Gebirgs zuletzt auch die Drangsal aller, Rotmund, den Herrn, vorgeworfen. Alles das bewegte Frau Sixta jetzt in ihrem Herzen. Und auf einmal fiel ihr ein, daß sie von diesen Dingen heute schon einmal gesprochen, und sie erinnerte sich des fremden Gastes wieder, den sie im Hause hatte. Er wollte dableiben, hatte ihr die Kellnerin noch gesagt. Um! Mochte er! Er war ein Gesellsamer wie sie selbst! Ueberhaupt ein ungewöhnlicher Geist! Was war das nur schon für ein Einfall, ohne Zweck und Ziel in die Welt zu fahren! Um! Sie wollte den merkwürdigen Menschen auch der Otti schildern, wenn sie ihr morgen schrieb. Vor ihrer Seele tauchte ein feines, fast herzbelebend schmales Gesicht auf. Ganz jung war sie noch, die Ottilie, ihr einziges Kind! Noch immer wehte sie im Kloster zu Freiburg im Neckland. Es schien lange, daß sie fort war! Und lang, bis sie wiederkam. Nicht einmal zur Leiche des Vaters hatte sie sie gerufen. Wozu? Sie hatte es besser bei den frommen Frauen.

Erst jetzt ließ Frau Sixta sich ins Kissen zurückfallen. Ihr dunkler Kopf grub sich schwer in die Daunen. Die Müdigkeit übermannte sie nun doch. Sie vermochte sie nicht mehr neuem-ander zu scheiden. Dann schlief sie ein.

Drittes Kapitel

Am anderen Morgen, als Frau Sixta wie immer das Spiel gab, daß man den Tag früh anfangen muß, wenn er gut ausgehen soll, hatte Markus Graf unter den Knechten in der Küche und empfang mit ihnen sein Morgenbrot.

„Ihr habt Euch also entschlossen“, sprach sie ihm im Vorbeigehen an.

Er nickte. Zu einer Antwort ließ sie ihm nicht Zeit, sondern war schon aus der Tür, während er noch überlegte, ob ihre Art nicht hochmütig gewesen, und seine Empfindlichkeit ihm wieder sch. Aber seine Teilnahme für die merkwürdige Frau und das Abenteuer, das er hier bestand, war nicht kleiner geworden. Unwillkürlich duckte er sich und war bereit, weiter zu erleben, was werden sollte.

(Fortsetzung folgt)

Beschluß

Der Antrag des Kaufmannes Carl Otto in Lübeck, Hülfstraße 24, auf Eröffnung des Konkursverfahrens über sein Vermögen wird kostenpflichtig abgewiesen, weil eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Masse nicht vorhanden ist.

Lübeck, den 17. Juni 1927

Amtsgericht II

Durch Ausschlußurteil vom 16. Juni 1927 sind die Schuldscheine des Lübeckischen Staates, Nr. 37 und 39 über je 100.000 Mark für kraftlos erklärt worden.

Lübeck, den 18. Juni 1927

Das Amtsgericht, Abteilung 6

Bekanntmachung

Auf den Antrag der Ortsgruppe Lübeck des Verbandes Deutscher Elektro-Installations-Firmen e. V. wird auf Grund des § 100 der Gewerbeordnung hierdurch angeordnet, daß vom 1. Juli 1927 an alle diejenigen, die im Gebiet der Stadtgemeinde Lübeck einschließlich des eingemeindeten Gebietes des Elektro-Installationsgewerbes als stehendes Gewerbe selbständig betreiben, einer unter dem Namen „Zwangsinnung für das Elektro-Installations-Handwerk zu Lübeck“ neu zu errichtenden Innung, die in der Stadt Lübeck ihren Sitz hat, als Mitglieder anzugehören haben.

Gegen den Erlass dieser Anordnung steht den beteiligten Gewerbetreibenden nach § 100 b der Gewerbeordnung binnen 4 Wochen die Beschwerde an den Senat zu.

Lübeck, den 21. Juni 1927.

Der Senatsauschuß für Gewerbe- und Berufsangelegenheiten

Nichtamtlicher Teil

Kellerräume

in der Königstraße zu vermieten. Näheres Fleischhauerstraße 18, Zimmer 17

Kellerräume

im Hause Mengstraße 28 zu vermieten. Näheres Fleischhauerstraße 18, Zimmer 17

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck
Am 17. Juni verstarb unser Kollege Johannes Brederberg
Seine Beerdigung am Donnerstag, d. 23. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr, Kapelle Vorwerk. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck
Nachruf!
Am 17. d. Mts. verstarb unser langjähriger Mitglied, der Kollege Johann Brandt
Die Organisation wird dem bewährten Mitstreiter ein ehrendes Andenken bewahren. Die Ortsverwaltung

Baugewerksbund Lübeck
Die Beerdigung des Kollegen Henry Freiberg findet nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch, dem 22. ds. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Kapelle des Resthofes aus, statt. Der Vorstand.

Gegen hiermit allen Verwandten, Bekannten, der Belegschaft der Firma W. G. Schröder, A.-G. für ihre Teilnahme und reiche Kranzspende, sowie Herrn Hauptpastor Arndt für seine frohen Worte unsern innigsten Dank. Rud. Fischer u. Kindern

Steinjeher
Heißt ein R. C. Mellmann

Maurer werden eingestellt
Ferd. Bartz,
Sangehärt,
Faltenwiege 22

2 leere Jim., u. liebt. u. Küche, beidlaggenfrei. Ang. u. L 188 a. d. Gp.

Ständig la. Fertel. Jüngling. Es deuten: Eingetragene! Verh. 2 a. 8. - Ebel. Schm. - Eberd. 5. - Lohr. 56

Gr. und H. Zugänger zu verk. Siebung Karlsdorf, Hofweg 5.

Zu verk. e. Gartenbude, Gewerbestraße 44

Bloßwagen 3. Stf.
Angew. 13 a, 1
Eine Gaslampe zu verk. Endw. 73 II

Gut erh. Promenadenwagen zu verkaufen. Fleischhauerstr. 22 II

1 Sofa, 2 Stühle, 1 Kinderwagen zu verk. Meisling, Hauptstr. 24, I

Dr. med. Gagzow
Institut für ärztl. Massage
Zurück am 23. Juni

Lübeckische Kredit-Anstalt
Staatsanstellung mündelsicher

LÜBECK

Kanzloigebäude, Breite Straße
Fernsprecher Nr. 25-071
Reichsbank-Giro-Konto — Postscheckkonto Hamburg 9483

Annahme von Spareinlagen

Für die Gelder haften außer erstgestellten Hypotheken der Lübeckische Staat

Führung von Giro-Konten

Durch gemeinsamen Einkauf ca. 300 zusammengeschlossener Geschäfte größte Leistungsfähigkeit.

Meine Lager sind in allen Abteilungen auf das beste sortiert. Ich bitte um Besichtigung ohne Kaufzwang.

J. H. Pein

Das Haus der guten Qualitäten

Die Gesundheit über alles!

Jeder sein eigener Arzt

Selbstbehandlung durch Hausmittel Biochemie, Homöopathie

Von Dr. Ludwig Sternheim
Arzt in Hannover

Preis 5 RM in Halbleinen gebunden

Dieses wertvolle Hausbuch enthält die genaue Beschreibung der einzelnen Krankheiten und die zur Heilung notwendigen gütigen Heilmittel mit ausführlicher Anwendungsweise, die ohne ärztliches Rezept gegen geringes Entgelt in den Apotheken erhältlich sind. Schon bei der ersten Erkrankung ist der geringe Preis des Buches erspart.

Vorrätig in der Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

Renovierung, Reparatur u. Reinigen
Korbbwaren Korbmöbel
Eigene Werkstätte
schnell, gut und billig
K. Nielsch
Hnt. Gr. Gröpelstraße 18

Leder-Gohlen

Ausschnitt und Stepperei
Bischoff & Krüger
Königstraße 93
Ecke Rahmstraße

Wegen Umbau billig zu verkaufen:
5 kompl. Zimmertüren
2 kompl. Fenster
1 Kachelofen (5ed.) modern
1 Sparherd (90 cm) rechts
Emil Colberg, Kottwischstraße 37

Junker & Ruh Gaskocher
die führende Marke
Heinr. Pagels
Lübeck
Das Haus für Gas, Wasser, Licht

Wegen Geschäftserweiterung verlege ich meine Werkstätten und Verkaufsräume nach der Beckergrube 18 u. 22
Räumungs-Verkauf
bis zum 26. d. Mts. zu besonders günstigen Preisen in Fahrrädern, Nähmaschinen u. Zubehörteilen
Walter Schmidt, Beckergrube 18 und 22

Grude in langjährig bewährter Qualität
Adolf Borgfeldt, Lübeck
Fernruf 25 886

Ehlers & Reetwisch
Herren- u. Knaben-Konfektion
starke Berufsleidung
Kette br. Stiefel, Schuhe usw.
Manchester-, Boden-, Wasch-Joppen und -Hosen
Spottbillige Preise

Café Bernhard
Beliebtes Familien-Café des Kolstenors / Rühmlichst anerkannte Künstler-Kapelle
Kassabank der beliebten Haus-Biere / Treffpunkt aller Sportler

Stadthallen-Garten
Täglich von 16-23 Uhr Konzert (4-11 Uhr nachm.)
Kapellmeister Simon de Weine mit seiner Künstler-Kapelle
Eintritt frei
Sonntags von 11-13 Uhr Frühkonzert
Dienstags, Freitags, Sonntags Ballabende

Luisenlust
Mittwoch: Gr. Sonatränachen
Eintritt u. Tanz frei

Neue Sommerfang-Heringe
Stück 10 A
10 Stück 95 A
Neue Matjes-Heringe
Stück 20-30 A
Ludwig Erdmann,
Fleischhauerstr. 7

Spieltarten
gut und billig
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

333
4 M. an
585
8 M. an
300 Ringe am Lager
Bestecke
800 Silber - 90 versilb.
garantie-Wecker 3.30 M.
H. Schultz, Uhrmacher,
Ob. Johannisstraße 26

Achtung! Kreis-Fest!
Sitzung sämtlicher Ausschüsse mit den von den Kartellvereinen gestellten Mitgliedern am Freitag, d. 24. Juni, abends 8 Uhr, im Arb.-Sportheim.
Die Obleute der Ausschüsse treffen sich eine Stunde vorher.

Waldfest d. Arbeiter-Schaft von Rüdnic
Zu unserer am 10. Juli in Rüdnic - Schling'schen Park - stattfindenden

Waldfest
mit Kindererzählungen, wollen sich Karussell, bester mit elektrischer Lichtanlage und Buden, bester unter Nennung der Art derselben, an Fr. Müller, Rüdnic, Kol. Gräbstraße 2, bis zum 25. Juni 1927 melden.

Lübsche Singschule
Leitung: Hermann Fey

Konzerte
Lübeck: Dienstag, 28. Juni, abds. 8 U. im Kolosseum.
Karten je 60 und 80 Pfg. bei E. Robert.
Programm für das Frankfurt. Musikfest
Travemünde: Montag, 4. Juli, abds. 8 1/2 Uhr im städt. Kursaal im Auftrag der Kurverwaltung.

Frankfurt a. Main: 13. und 14. Aug. im Auftrag der Leitung d. intern. Ausstellung „Musik im Leben der Völker“. - Hauptkonzert Sonntag, den 14. August, vorm. 11 Uhr, im Seb. Bach-Saal.

Gaub am Rhein: 15. August
Oberwesel: 16. Aug.
Boppard: 17. Aug.
Neuwied: 18. Aug.
Bad Honnef: 19. Aug.
Köln: 20. Aug.
Ankunft in Lübeck: Sonntag, 21. August, 23.09 Uhr

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Lübeck

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 22. Juni abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Kaping.
2. Bericht vom Ortsauschuß.
3. Verschickenes.
Der Vorstand

GEWERKSCHAFTS HAUS
JOHANNISSTRASSE 50-52

Hanseaten-Bräu EXTRA Pilsner
Hansa-Brauerei AG Lübeck

Gute Bücher
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46

Brauerei zur Walkmühle
H. Lück
Aktiengesellschaft

Die Müllvorlage von der Bürgerschaft in erster Lesung angenommen

Wie die Hanseaten Lübeck „reinigen“ wollen / Schwarz-rot-goldene Kommunisten

Der Fall Bruhn

Lübeck, 21. Juni

Müll, zumal wenn er wie bei uns mit Fäkalien vermengt ist, duftet von Natur nicht nach Weisheit. Daß aber sein Geruch so penetrant ist, daß er sogar die Verhandlungen der Lübecker Bürgerschaft durchdringen würde, war nicht ohne weiteres vorherzusehen. Merkwürdig, daß gerade bei der Behandlung dieses Gegenstandes Methoden in Erscheinung treten, die dem Tatbestand einer „parlamentarischen Korruption“ bedenklich nahe kommen. Doch davon nachher.

Vorerst: Worüber wurde diskutiert? — Daß die Regelung der Müll- und Fäkalienabfuhr in Lübeck — soweit man den gegenwärtigen Zustand überhaupt als eine „Regelung“ ansprechen kann — unhaltbar ist, darüber sind sich alle einig. Die Art der Abfuhr ist nicht nur unfauber und lästig, bei einer Epidemie, vor der man niemals sicher ist, würde sie Menschenopfer erfordern, von nicht zu überschendem Ausmaß.

Eine hygienisch einwandfreie Neuorganisation, wie sie in den meisten Großstädten bereits durchgeführt ist, ist vom Senat vorgezogen, ihre Ausführung soll einem gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen, der Transport- und Müllabfuhr-A.-G., — im Volksmund „Schitropa“ genannt — übertragen werden. — Ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen, d. h. ein Betrieb in dem öffentliches und privates Kapital zusammenwirken, ist für uns kein Ideal. Es empfiehlt sich dem reinen Staatsbetrieb gegenüber dadurch, daß es im Augenblick die Staatsfinanzen schon, und es wird annehmbar für uns dadurch, daß dem Staat die Mehrheit gesichert und daß die spätere Überführung in reinen Staatsbesitz vorgezogen ist.

Die Kommunisten, die ja auf die Staatsfinanzen niemals Rücksicht nehmen, sind natürlich für sofortige Staatsregie, mit ihnen merkwürdiger Weise die Demokraten. — Die Hanseaten dagegen wollen natürlich alles der „bewährten“ Privatinitiative überlassen. Sie mimen die Freunde der Gärtner, die die Sache bisher schlecht und recht, d. h. viel mehr schlecht als recht gemacht haben. Da auch sie eingeschlagen haben, daß es so nicht mehr weiter geht, haben sie einen neuen Plan ausgearbeitet, der angeblich billiger sein soll, dafür aber die Müllstände absolut nicht beseitigt. Er ist, wie von den Senatskommissaren Niebour und Baurat Hespeler erklärt wurde, völlig unbrauchbares Stückwerk. Für die Allgemeinheit nachteilig, vorteilhaft nur für die Unternehmer und ihre Finanzleute. Es soll nämlich eine Genossenschaft gegründet werden, deren Finanzierung die Lübecker Kreditbank übernehmen will. Der Staat wird völlig ausgeschaltet.

Erfreulicherweise fiel dieser Plan durch; nur die Hanseaten waren dafür. Und von denen hatte auch ein großer Teil die Muth ergriffen, vor dem sich erhebenden Geruch. Große Lücker Klassen auf der rechten Seite des Hauses bei der entscheidenden Abstimmung. „Der Bürgerblut ist auf dem... ausgezuckelt“, lachen böse Leute.

*

Und nun zu den Erscheinungen, von denen wir sagten, sie lägen hart an der Grenze der Korruption. Daß bürgerliche Volksvertreter private Profitinteressen vertreten, ist ja nicht gerade ungewöhnlich. Die bürgerliche Moral findet das ganz in Ordnung; was aber selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Moral aus als verwerflich gilt, ist, daß jemand sein eigenes Geschäft durch seine parlamentarische Stellung fördert. Welch ist es in allen Parlamenten, und war es bisher auch in der Lübecker Bürgerschaft, daß ein Abgeordneter, der geschäftlich interessiert ist, an der Beratung und Beschlußfassung des betreffenden Gegenstandes nicht teilnimmt.

Der „Hanseatische Volksbund“, in seinem Eifer, Lübeck zu „reinigen“, geht auch hier andere Wege. Der Marmorsteiner Bruhn, M. d. B. (nicht zu verwechseln mit dem ähnlich benannten Reichstagsabgeordneten Bruhn) ist gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Lübecker Kreditbank. Diese Bank will das Geschäft mit den Gärtnern machen, ein Geschäft von Hunderttausenden. gegen das an sich nichts einzuwenden ist. Aber Herr Bruhn empfand es nicht als Anstandspflicht, nunmehr aus den Verhandlungen des Müllauschusses auszuschleichen; im Gegenteil er benutzte diese Stellung, um die Senatsvorlage, die ja für ihn einen geschäftlichen Nachteil bringen würde, mit allen Mitteln zu hinterziehen. Ja, er bestieg gestern sogar das Podium der Bürgerschaft und ereiferte sich dort dermaßen, daß er seine eigenen Parteifreunde, darunter Herrn Polizeibereiter Eichendach aufs heftigste angriff.

Diesen kleinen häuslichen Streit mögen die Hanseaten unter sich austragen. Die Öffentlichkeit aber möge darüber entscheiden, ob es zulässig ist, daß ein M. d. B. eine Sache, an der er geschäftlich interessiert ist, von der Tribüne der Bürgerschaft aus vertritt. Wir haben gesagt, daß ein solches Verfahren der „parlamentarischen Korruption“ bedenklich nahe kommt. Vielleicht urteilen manche Leser noch härter.

*

Nach der Müllangelegenheit kam noch der demokratische Antrag, am Verfassungstag auf allen Staatsgebäuden Schwarz-rot-gold zu flaggen, zur Abstimmung. Er fand eine überwältigende Mehrheit. Nur die Hanseaten hielten es für nötig, ihrer Abneigung gegen die Republik wieder einmal Ausdruck zu geben. — Daß die Kommunisten statt dessen lieber am Jahrestag der russischen Revolution ge-

flaggen haben möchten, ist weiter nicht auffallend, aber urkomisch ist, daß sie dafür die Farben Schwarz-rot-gold wünschen. Kommunisten für Schwarz-rot-gold! Da soll noch mal etner sagen, es gebe nichts Neues auf dieser Erde!

*

Immunitätsfragen / Rückantworten des Senates

Zu dem Beschluß des Eingabenausschusses, die beantragte Aufhebung der Immunität des B.-M. Klann abzulehnen, bemerkt Haut (Soz.), Klann habe wiederholt gefordert, der stellvertretende oder ständige Senatskommissar möge auf den Einwand, daß reichsgerichtliche Bestimmungen ihren Anträgen entgegenstehen, antworten. Der Senat habe es abgelehnt, den Präsidenten Dr. Lint zu ermächtigen, eine Erklärung abzugeben. In dieser ablehnenden Haltung des Senats sieht die Bürgerschaft eine unfreundliche Handlung. Ein Bürgerchaftsmitglied könne sehr wohl über reichsgerichtliche Bestimmungen Zweifel hegen — Schmidt (K.) betont u. a., sein Fraktionskollege Klann habe Dr. Lint nur bedingungsweise einen Gegner genannt, nämlich dann, wenn Dr. Lint die Beweise für seine Behauptungen nicht erbringe. — Senator Niebour erwidert, der Senat habe sich eingehend mit dieser Frage befaßt, eine unfreundliche Handlung der Bürgerschaft gegenüber liege ihm fern. Dem betreffenden Bürgerchaftsmitglied liege es ob, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu erbringen. Sei diese Sache geklärt, werde der Senat jede Auskunft geben. — Nach weiteren Erklärungen von Haut und Schmidt wird beschlossen, die Immunität gegen Klann nicht aufzuheben.

Zu dem Beschluß des Eingabenausschusses, das Ersuchen des Landesrats des D.B. betr. Sommerdienstzeit bei den Lübschen Behörden dem Senat als Material zu überweisen beantragt Heinrich (Arbg.): „zur Berücksichtigung“. Diese Abänderung wird abgelehnt.

Der Eingabenausschuß beantragt über das Ersuchen von Anwohnerin der oberen Kronstrasse Allee betr. Befreiung von der Neupflasterungsabgabe zur Tagesordnung überzugehen. — Bruns (Soz.) fügt begründend hinzu, der Senatskommissar habe erklärt, daß er dem Senat empfehlen werde, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. eine Stundung, Teilzahlung oder ganzen Erlass der Abgabe einzutreten zu lassen. Er bitte den Senat, diesem Wunsch möglichst Rechnung zu tragen.

Die in der vorigen Sitzung von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Anfrage betr. Angefallenen-Auflage, Ortsklassenfrage und Härtenausgleich läßt der Senat dahin beantworten, daß er diesen Fragen volle Aufmerksamkeit widme. Aus finanziellen Gründen sei er zurzeit nicht in der Lage, dem Härtenausgleich näherzutreten, er müsse erst die allgemeine Befolungsreform abwarten. Die Ortsklassenänderung werde spätestens am 1. April 1928 vor sich gehen. Der Senat prüfe, welche Schritte zu tun sind, um dies zu ermöglichen. — Auf Antrag Heinrich (Arbg.) wird die Besprechung des Senatsdetrakts auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Zur Erbauung einer Leichenhalle in Genin sollen 6200 RM. in den Haushaltsplan 1928 eingesetzt werden.

Auf die Anfrage Dr. Vohmeiers betr. Mieterschutz erwidert Senator Niebour, die Reichsregierung werde wahrscheinlich noch diesen Monat die beiden Mietschutzgesetze um zwei Jahre verlängern.

*

Landerwerb in der Vorstadt St. Lorenz-Süd. — Wird angenommen.

Neuordnung der Müllabfuhr

Hierzu liegt eine Denkschrift der Gärtner vor. — Dr. Rudolphi (Soz.) betont, der Ausschuß sei einmütig der Ansicht, daß die Müllabfuhr so, wie sie ist, nicht bleiben könne. In Lübeck gebe es noch 5000 nasse Eimer, die ungereinigt auf die Straße gestellt werden. Es gebe zwei Wege, den häuslichen und gewerblichen Müll zu verwerfen. Technisch sei aber noch kein System erfunden, das befriedigend und zuschusslos arbeite. Bieleicht sei die Technik in 10 Jahren so weit. Man könne der Bürgerschaft also jetzt keine Anstalt vorschlagen, die tadellos arbeite. Auch die Müllabfuhr durch die Gärtner habe Müllstände verursacht. Der Platz an den Struckteichwiesen sei nicht geeignet. Herr Baurat Hespeler habe allerdings erklärt, daß nach Auffüllung der Struckteichwiesen weitere Plätze zur Verfügung stehen würden. Nun hätten sich auch die Gärtner zusammengetan und eine Gesellschaft gegründet. Sie wollen genau wie die andere Gesellschaft die nassen Eimer abführen und auf ihre Plätze bringen. Diese Gesellschaft würde aber 200 000 RM. billiger arbeiten. Der Hanseatenbund sei deshalb der Meinung, daß dieser Vorschlag der Gärtner zuerst geprüft werden müsse. Man könne nicht ohne weiteres die Gärtner und Fuhrbesitzer in ihrem Erwerb schädigen. Ebenso müsse gründlich geprüft werden, ob man der Einwohnerchaft Lübecks einige hunderttausend Mark ersparen könne.

Sozialdem. Verein Lübeck

Heute Dienstag, den 21. Juni, abends 8 Uhr

Außerordentliche Mitglieder - Versammlung im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. Knaack, Hamburg, über „Das neue Geschlechtskranken - Gesetz und dessen Auswirkung“
2. Aussprache

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir restlose Beteiligung unserer Mitgliedschaft

Der Vorstand

Haut (Soz.)

verweist auf die verschiedenen Vorschläge, die über die Müllabfuhr vorhanden sind: den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb, den die Stadt nach 15 Jahren ganz übernehmen kann, den Staatsbetrieb und den rein privatwirtschaftlichen, den der Bürgerblut will. Für diesen letzten Antrag werden Sie eine Mehrheit in der Bürgerschaft nicht bekommen. Bleibt der Hanseatenbund auf seinem Standpunkt stehen, werden sich Sozialdemokraten, Arbeitsgemeinschaft und Kommunisten für den reinen Staatsbetrieb entscheiden. Es ist bekannt, daß sich inzwischen ein Kampf zwischen zwei Banken abspielt. Man sagt sich, weshalb soll die Spar- und Verschönerungsbank mit der Sache abgehen und zieht etwas anderes auf. Die jarte Rücksichtnahme, die auf etwaige wirtschaftliche Schädigung der Gärtner genommen wird, kennen die Kapitalisten nicht, wenn es sich um Arbeiter handelt. Da macht man Tausende von Arbeitern schonungslos brotlos. Der Standpunkt der Sozialdemokratie ist der: für das bisherige Verfahren der Müllabfuhr finden Sie bei uns nicht eine Stimme, wir übernehmen für dieses System keine Minute länger die Verantwortung. Wenn Sie es tun, werden wir es zu ertragen wissen. Unserer grundsätzlichen Einstellung nach müßten wir auch den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb verwerfen. Wenn wir dies heute nicht tun, so aus Gründen, die wir unseren Wählern gegenüber verantworten können. Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Senatsvorlage. Ihre Behauptung, wir hätten die Ergebnisse des Ausschusses übers Knie gebrochen, ist durchaus falsch. In der sechsständigen Beratung wurde die Gärtnerfrage bis ins kleinste durchgesprochen. Im übrigen unterscheidet sich die Vorlage der Gärtner vom 15. Juni nur in einem Punkte von derjenigen vom 12. März. Statt des geforderten Staatszuschusses von 150 000 RM. wird jetzt ein Bankkredit von 200 000 RM. gefordert. Dabei wird am jetzigen Abfuhrsystem nichts geändert, außer daß Defektwagen angekauft werden sollen. Im Laufe der Zeit sollen einheitliche Eimer angekauft werden, die die Genossenschaft zum Selbstkostenpreis abgeben will. Es ist ferner geplant, noch mehr Gärtner zur Abfuhr zuzulassen und anstatt sie zu regeln und einwandfrei zu machen, will man 125 Dreckhausen errichten. Bei den sogenannten Raff-eimern nimmt man den Vorschlag der A.-G. auf, sonst bleibt alles beim alten. Ueber die Kostenfrage hat Herr Dr. Rudolphi falsche Zahlen angegeben. Bei der A.-G. kommen nicht 476 000, sondern 446 000 RM. heraus. Man ist bei der Veranschlagung im Hanseatenbund sehr oberflächlich. Auch im Polizeiamt wurde festgestellt, daß sich die beiden Eingaben vom März und Juni decken. Es ist deshalb Demagogie, wenn behauptet wird, die zweite Eingabe sei etwas Neues. Es wird ferner behauptet, die Gesamteinnahmen der Gärtner bei der Müllabfuhr betragen etwa 80 000 RM., die ihnen verloren gingen, aber nicht in Betracht gezogen, daß natürlich auch die A.-G. Arbeitskräfte benötigt. Die A.-G. stellt für Arbeitslöhne hohe Summen in Rechnung, während die Genossenschaft 7500 RM. hierfür auszugeben beabsichtigt. Die A.-G. stellt den Gärtnern nach wie vor so viel Müll kostenlos zur Verfügung, wie sie kompostieren können. Sie können sich also durchaus nicht geschädigt fühlen, da eine Einnahme aus dem Müll nicht vorgezogen ist. Das polizeiliche Gutachten sagt, daß es unmöglich ist, 100 verschiedene Müllplätze zu überwachen. Es soll etwas wirklich Einwandfreies geschaffen und der Müll schon im Hause in dichtverschlossenen Gefäßen gefaßt werden, damit er nicht die ganze Nacht auf dem Bürgersteig herumliegt. Ein Artikel im General-Anzeiger behauptet, die Müllabfuhr durch die A.-G. erfordere 300 000 RM. mehr. Der Einwender verschweigt aber, daß er einen ganz weit entfernten Platz für die Abfuhr in Betracht zieht. Eine solche demagogische Beweisführung war bisher in der Bürgerschaft nicht üblich. Es ist notwendig, daß jetzt nach zwanzig Jahren etwas Durchgreifendes geschaffen wird. Durch weitere Ausschußberatung wird an diesen Dingen nichts mehr geändert. Wir sind nicht gewillt, die Sache den Gärtnern weiter zu überlassen und stimmen für den gemischt-wirtschaftlichen Betrieb. Nehmen Sie diesen ab, einen reinen Privatbetrieb erhalten Sie nicht, dann nehmen wir lieber den reinen Staatsbetrieb. Dieser wird zuerst etwas mehr kosten, aber die Verantwortung dafür trägt die Faktion, die jahrelang von der notwendigen Verbesserung gesprochen hat und jetzt aus egoistischen und agitatorischen Gründen neue Einwände bringt. Dr. Rudolphi ist gegen die Struckteichwiesen, weil er dort einen Grüngürtel hergerichtet wünscht. Ein solcher Platz kann aber nur durch Auffüllung entstehen und diese würde eine halbe Million verschlingen. Dieser Platz ist aber auch für die Abstellgleise des Rangierbahnhofs des Barmbecker Industriegebietes vorgesehen. Die Höhe könnte nur unter hohen Kosten ausgeglichen werden. Deshalb hat die Baubehörde ganz recht, daß das Gelände durch jahrelange Müllanfuhr nutzbar gemacht werden kann. Herr Dr. Rudolphi hat ja schon verschiedene unrealisierbare Vorschläge für die Ausschließung jenes Geländes gemacht. Nach den Erklärungen der Baubehörde haben wir für einen Müllabdeckplatz kein günstigeres Terrain als die Struckteichwiesen, deren Auffüllung unter verantwortlicher Leitung ein gutes Gelände ergibt. Bei der Abfuhr durch die Gärtner wird nichts Rationelles geschaffen, sondern es bleibt bei der wilden Form. Nehmen Sie unseren Antrag ab, werden wir es zu ertragen wissen und den Senat ersuchen, uns eine Vorlage entgegenzubringen, die Müllabfuhr sofort in städtischen Regiebetrieb zu übernehmen. (Beifall bei den Soz.)

Klann (K.) erklärt, seine Fraktion lehne die Senatsvorlage ebenso ab wie die Vorschläge der Gärtner. Entweder der alte Zustand oder Staatsbetrieb. Die Rechtsparteien kümmernten sich in der Zeit der Rationalisierung nicht darum, ob durch sie Tausende von Arbeitern brotlos werden. Seine Fraktion sei aber der Ansicht, daß die heutigen Zustände der Müllabfuhr unhaltbar seien. Die Aussicht, den von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen gemischt-wirtschaftlichen Betrieb in fünfzehn

Jahren in Staatsregie überzuleiten, sei ohne Belang, da bis dahin die Arbeiter die Fesseln des Kapitalismus längst gesprengt habe. Uebrigens unterstehe sich die Einstellung der Staatsbetriebe in nichts von den kapitalistischen Betrieben. Durch den gemischtwirtschaftlichen Betrieb werde für die Wirtschaft nichts gebessert, wie die Lübeck-Blätter beweise. Es sei auch nicht notwendig, daß die reinen Staatsbetriebe mit den Einnahmen auskommen. Wenn es im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liege, könnten sie ruhig einen Zuschuß erfordern. Wenn heute eine Bank 200 000 RM. vorstünde, werde sie schon wissen, daß sie sich verzinsen. Seine Forderung werde zu verhindern wissen, daß das von Haut vorgezeichnete Kompromiß zustande komme. — Heinrich (Urbg.) gibt eine Erklärung ab, nach der nachmalige Verhandlungen zwecklos seien. Die Arbeitsgemeinschaft trete für reinen Staatsbetrieb ein, da die Müllabfuhr kein Objekt gewinnbringender Erwerbsmöglichkeit sein dürfe. — Senator Liebour betont, die Müllabfuhr dürfe nicht vom Berufsstandpunkt aus betrachtet werden, sondern vom allgemein grundrationalen und hygienischen. Sie sei eine öffentliche Angelegenheit bei der der Staat einen beherrschenden Einfluß ausüben müsse. Die Senat sei für den gemischtwirtschaftlichen Betrieb, weil es bei seiner finanziell angespannten Lage wünschenswert sei, das Privatkapital heranzuziehen. Dem Vorschlag der Gärtner stehe der Senat skeptisch und ablehnend gegenüber. Von einer neuen Prüfung verprieche sich der Senat nichts, da die Gärtner Zeit genug gehabt hätten, ihre Vorschläge schon im Polizeiamt vorzubringen.

Oberbaurat Hejpele verweist auf die sehr eingehende Prüfung des Vorschlags der U. G., in die die Wünsche des Polizeiamtes hineingearbeitet worden seien. Die Erfahrungen anderer Städte und der Wissenschaft seien in Betracht gezogen. Auch die Platzfrage sei so am besten gelöst, die Herren des Ausschusses hätten keine anderen Vorschläge machen können. Die heutige regellose Anfuhr auf den Straßenscheiden dürfe nicht weiter erfolgen. Die Aufsichtung müsse einen Zweck haben, und den habe sie dort. Harburg a. B. habe auf diese Weise großes Siedlungsgebiet gewonnen. Die Zuschüttung der Wiesen würde sonst teuer bezahlt werden müssen. (Dr. Pich: Die Wirtschaftstöpfe!) Ueber weitere Plätze brauche man sich heute den Kopf nicht zu zerbrechen, da in 20 Jahren die Technik sicher andere Lösungen bringe. Auch Hejpele unterstreicht die Tatsache, daß die zweite Vorlage der Gärtner nichts Neues bringe. Die Gärtner beabsichtigen, alte Wagen aus anderen Städten anzukaufen, die dort als unzeitgemäß gelten. Eine Prüfung der Kostenrechnung, die die Gärtner aufstellen, sei nicht möglich gewesen. Es liege übrigens dem Polizeiamt fern, die Gärtner schädigen zu wollen, auch die Pferdegespanne blieben restlos der Privatwirtschaft überlassen. Die Gärtner hätten übrigens immer erklärt, daß sie die Dungabfuhr nur als Nebenbetrieb betrachteten und nur des Mülls wegen ausführten. Für die 800 RM. Bruttoeinnahme hätten sie gewiß auch Aufwendungen zu machen. Hier komme aber als wichtiger Punkt die gesundheitliche Forderung in Frage. Ein Vergleich der Kosten zwischen dem mit großen Mängeln behafteten Betrieb der Gärtner und einem mit modernen Maschinen ausgestatteten wie der U. G. sei unmöglich. Bei der Kostenberechnung müßten auch die für die öffentliche Hand durch Stromnutzung eingehenden Beiträge und die Ersparnisse des Einkaufens in Betracht gezogen werden. Mehr als die Hälfte des Gewinnes müsse wieder in die öffentliche Kasse und etwaige die Steuerzahler. Dann würden durch die Aufteilung des Platzes Werte geschaffen, für die sonst staatliche Gelder angewendet werden müßten. Dr. Rudolphi (H.B.) versucht verärgerte Darlegungen des Senats zu widerlegen und die eigenen Einwände gegen die Straßenscheiden als stichhaltig hinzustellen. (Haut: Dann

schütten Sie den Vorwerfer Industriehafen wieder zu!) Die Gärtner hätten für ihre Eingabe nicht die nötigen Sachverhalte gehabt, um alles so genau darzustellen. (Zuruf links: Wirtschaftstöpfe!) Es sei nicht ausgeschlossen, daß man später die Senatsvorlage annehmen könne. Er beantrage Zurückweisung an die Kommission. — Bruhn (H.B.) befreit der Schreiber eines gewissen Artikels zu sein, obwohl er ihn Wort für Wort unterschreibe. Seine Forderung trete immer und überall für den gewerblichen Mittelstand ein, während die Sozialdemokratie nur vor der Wahl ihn zu beschützen vorgebe. Der Hanseatenblock werde aber den durch soziale Lasten bedrückten Mittelstand schon aufklären. Auch das Polizeiamt sei den Gärtner nicht freundlich gekommen wie den Großkapitalisten. Oberstleutnant Eichenbach habe die Gärtner abgewiesen. (Zuruf h. d. Soz.: Er hat doch Ihren Wahlausatz unterschrieben!) Die Bürgerschaft soll die Vorlage der Gärtner wohlwollend prüfen. (Zuruf links: Das soll heißen: Machen Sie das Geschäft mit der Kreditbank!) Bei der Abstimmung verlassen mehrere Hanseatenbündler den Saal. Ein Antrag auf Einsetzung eines neuen Ausschusses wird abgelehnt, ebenso der Antrag der Minderheit des Ausschusses, in neue Verhandlungen mit den Gärtner zu treten. Der ursprüngliche Senatsantrag (gemischtwirtschaftlicher Betrieb) wird durch die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion mit einfacher Mehrheit angenommen.

Antrag von Heinrich und Gen.: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, anzuordnen, daß am Verfassungstage alle öffentlichen Gebäude, auch wenn nur eine Flaggennöglichkeit vorhanden ist, in den Reichsfarben flaggen. Wird mit einigen vom Haushaltsausschuß beantragten Änderungen angenommen.

Berichte / Initiativ-Anträge

Der Haushaltsausschuß erklärt, daß er über die Höhe der von der Schlachthofverwaltung an das Rühlhaus zu zahlenden Pacht (80 000 RM.) für die Benutzung der Fleischabwahrungshallen keine Bedenken trage.

Ein Antrag Dr. Lohmeier betr. Zuschuß zum Lübecker Gerichtsgebäude über Aufwertungshypotheken resp. Grundschulden empfindet der Bürgerausschuß nicht zur Annahme.

Der Antrag Heinrich (Dem.) (Siehe V) wird vom Antragsteller begründet.

Boie (H.B.) erklärt, seine Fraktion lehne den Antrag ab, weil kein Bedürfnis hierfür vorliege. (Zuruf links: Der Demokrat von 1918!) — Schmidt (Komm.) versucht in langatmigen Ausführungen die Verfassung zu erläutern. Als er vom Vorsitzenden Ehlers ersucht wird, zur Sache zu sprechen, fragt er, ob das Demokratie sei. (Haut ruft ihm zu, wo die Demokratie der Kommunisten sei?) Nachdem sich der Redner der Aufforderung des Vorsitzenden nicht fügt, wird ihm auf Betragen der Bürgerschaft das Wort entzogen. Der Sprecher stellt dann den Änderungsantrag, nicht am Verfassungstage, sondern am 7. November anlässlich des 10jährigen Bestehens der Sowjetrepublik die öffentlichen Gebäude mit den Reichsfarben zu beflaggen.

Der Antrag Heinrich wird mit einfacher Mehrheit angenommen, er geht an den Bürgerausschuß. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Der Hanseatenbund fordert einen Plan für den Neubau des Staatsarchivs.

Der Antrag Rudolphi betr. Einrichtung eines Heißluft- und Dampfbaades in der Badeanstalt Katharinenstraße wird angenommen. Der Senat prüft bereits diese Frage. Schluß 9 Uhr.

durch sich zum Teil auch die Lage der Hausangehörigen gebessert hat. Mangel besteht zum Teil von gut empfohlenen Mädchen mit Kochkenntnissen.

Die Lage von Gasthaus-Personal wird durch die Saison günstiger.

Für ungelernzte Arbeiter fand sich in der Berichtswoge gute Beschäftigungsmöglichkeit. Die Hafenarbeiter waren gut beschäftigt. Andere wurden durch Bahnbauten, durch Betonarbeiten, durch Hochbau und in der Landwirtschaft eingestellt.

Der „Wahre Jacob“

Der ab 1. Juli d. Js. vom Verlag J. H. W. Diez Nachf. erneut herausgegeben wird, (die erste Nummer erscheint am 9. Juli) hat in der Witzblatt-Literatur Deutschlands eine überaus bedeutsame Rolle gespielt. Sein Begründer Heinrich Diez, dem eine erstaunliche Arbeitskraft neben dem Riesenwerk seines Lebens, der Begründung des wissenschaftlichen Zentralverlages und Buchvertriebs der deutschen Sozialdemokratie, noch die Betreuung eines der Satire, dem Humor und der Unterhaltung gewidmeten Blattes gestattete, verstand aus dem „Wahren Jacob“ in einer Zeit, die die Witzblätter Deutschlands weit weg von der Seite des werktätigen, ringenden Volkes geführt hatte, eine Zeitschrift zu machen, die sofort zum Herzen des Volkes sprach. Geachtet wurde sich der 1887 herausgebrachte „Wahre Jacob“ in den ersten Jahren seines Bestehens den Maßstäben des Ausnahmegesetzes zu entziehen; als das Schandgesetz fiel, wurde das Blatt schnell zu einem künstlerisch, literarisch und politisch wertvollen Faktor der deutschen Öffentlichkeit. Viele Dichter, Schriftsteller und Zeichner, die später zu erstem Rang im geistigen Deutschland aufstiegen, haben sich im „Wahren Jacob“ die Spuren verdient. Die Karikaturen-Revue der großen Weltblätter widmeten den politischen und kulturkritischen Karikaturen des „Wahren Jacob“ als Meinungsäußerungen des „anderen Deutschland“ besondere Beachtung. Die Auflagenziffer stieg erstaunlich; als um die Jahrhundertwende das zweite Hunderttausend weit überschritten war, konnte Heinrich Diez mit Genugtuung konstatieren, daß der „Wahre Jacob“ eine Auflage erreicht habe, wie sie noch — mit einziger Ausnahme des Londoner „Punch“ — kein europäisches Witzblatt erreicht hatte. Die Ergebnisse des „Wahren Jacob“ kamen dem immer großartiger sich gestaltenden Ausbau der wissenschaftlichen Literatur der Sozialdemokratie zugute. Bis in seine letzten Tage hinein war Heinrich Diez um die Ausgestaltung des „Wahren Jacob“ bemüht, Krieg und Inflation jedoch führten zu einer zeitweiligen Einstellung des Blattes. Wenn jetzt der „Wahre Jacob“ getten den kulturellen Richtlinien seines Begründers, entsprechend den Verhältnissen von 1927 im 40. Jahrgang wieder ins Leben gerufen wird, schneidig in der Satire, flakt im Humor, in der äußeren Ausstattung gemäß dem Grundsatze, daß das Beste gerade gut genug ist für die Arbeiterschaft, hervorragend und erfranglich, so wird er, an Stelle von „Lachen Links“ tretend, die Sympathien aller derer für sich haben, die den Wert der politischen Satire begriffen haben und die das Lachen in ernster Zeit nicht zu verlieren gemitt sind.

Die Stimme der Jugend erscheint mit Rücksicht auf den umfangreichen Bürgerausschußbericht erst am Mittwoch.

Beschlüsse des Bürgerausschusses. Der Bürgerausschuß teilte in seiner Versammlung am Montag folgenden Senatsanträgen seine Mitgenehmigung: 1. Erwerb einer Vorgartenfläche aus dem Grundstück Fuchingstraße 19. 2. Beihilfe an den Arbeiter-Turn- und Sport-Bund Deutschlands zur Unterhaltung der Jugendlichen (2000 Mark), 3. Beihilfe für die Tagung der hanseatischen Sanitätskolonnen (1500 Mark).

Die Grundsteuerpflichtigen im Lübeckischen Staatsgebiet, die noch nicht im Besitze eines vorläufigen Grundsteuerbescheides für das Steuerjahr 1927/28 sind, werden aufgefordert, dies dem Finanzamt bis Ende dieses Monats schriftlich anzuzeigen.

Durch Ueberfahren eines Autos getötet! Wie das Hbg. Fzbl. berichtet, verunglückte am Montag mittag auf dem Dorfe Solpke bei Gardelegen ein dem Fabrikbesitzer Zimmermann aus Lübeck gehörender Personentransportwagen. In einer scharfen Kurve überließ sich das Auto durch ein plötzliches Bremsen zweimal und kürzte in den Chauffeegraben. Während Zimmermann und seine beiden Töchter mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davontamen, wurde die dritte Dame, ein Fräulein Schümann, sofort getötet. Das Auto wurde vollkommen zertrümmert.

Adoptivkinder. Unter dem 13. Mai sind in einem Aufsatze des Lübecker Volksboten die Gefahren der wilden Adoptionsvermittlung geschildert. In dem Aufsatz ist gesagt, daß sich Leute bei der Ausfindigmachung von Kindern behufs Adoption der Mithilfe der auf Grund des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes jetzt in allen Stadt- und Landkreisen errichteten Jugendämter bedienen, die Hunderte von Kindern betreuen müssen und zur Adoption geeignete Kinder empfehlen können. Es wird dazu bemerkt, daß auch das Jugendamt Lübeck eine solche Adoptionsvermittlungsstelle hat, die schon auf mehrjährige Erfahrungen zurückblicken kann. Ferner steht das Jugendamt mit zentralen Adoptionsvermittlungstellen in Verbindung für solche Fälle, wo der Wunsch besteht, ein Kind aus ganz anderer Umgebung zu adoptieren.

Beamtenbund. Vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, Landesauschuß Lübeck, wird uns folgende Berichtigung zugeandt: In Nummer 138 des Lübecker Volksboten vom 16. d. Mts. wird von dem Beamtenabend des Lübecker Beamtenbundes in der Schiffergesellschaft berichtet. Es wird u. a. darin gesagt, daß Vertreter beider Gewerkschaftsrichtungen anwesend waren. Das ist nicht der Fall. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund lehnt grundsätzlich solche Art Abende ab, ist nicht eingeladen und auch nicht erschienen.

Mit der Angeklagten Gennburg, die am Montag vor dem Schwurgericht wegen Meineides verurteilt wurde, ist auch Minna Gennburg, Watenhstr. 38, nicht identisch.

Zu dem Witzschlag in Utecht wird berichtet, daß der Schaden beim Landwirt Hamann doch größer ist als zuerst angenommen wurde. Der Schlag hat das Dach stark beschädigt und den oberen Dachbalken zerstört. Das Gewese wurde vor einigen Jahren durch Blitzschlag eingestürzt und entging diesmal einem gleichen Schicksal wahrscheinlich nur dadurch, daß keine Erntearbäte auf dem Boden lagen, so daß der Schlag keinen Entzündungsstoff hatte. Der Blitz schlug im gleichen Orte auch in das Gewese des Landwirts Behndke und in das Elektrizitätsnetz des Ortswandlers, glücklicherweise ohne zu zünden. Utecht scheint demnach eine besonders gefährliche Blitzfangstelle zu sein. Es sind in den letzten zehn Jahren dem Ort nicht weniger als 19 Gewese zum Opfer gefallen.

Die Lübeckische Singhalle, welche den Auftrag erhalten hat, am 13. und 14. August auf der internationalen Ausstellung „Ruhf im Leben der Völker“ zu singen, biefert der Lübecker Bevölkerung ihr Frankfurter Konzertprogramm am Dienstag, dem 28. Juni, abends 8 Uhr, im Kolosseum dar. Um weiten Kreisen Gelegenheit zu geben, dieses Konzert zu hören, ist der Preis

Freistaat Lübeck

Dienstag, 21. Juni

Leine Abende

Niemand wird behaupten, daß wir in diesem Jahre schon Tage oder gar Leine Abende genießen konnten. Böse Jungen behaupten, daß diese Erscheinung von dem letzten Wahlkampf herrührt, der so müßig geworden war, daß einige Berufstätige dieser Tage noch vor Gericht reingefallen sind.

Aber das kann doch nicht die Ursache sein, sonst hätte die Bürgerschaft, in der doch die meisten Politiker sitzen, nicht so gutes Wetter gehabt. Am Tage vorher herrschte noch Regen, aber das Präsidium hatte augenscheinlich sehr gute Verbindungen nach oben, so wurde es blendend.

Aber schon am nächsten Tage wurde es wärmer und — wie immer in diesem Jahre, schon war wieder einmal ein Gewitter da. Die Hoffnung auf einen ungestörten lauen und milden Abend wurde so richtig wieder zu Wasser.

Und dabei haben wir doch ein gewisses Recht auf ein paar schöne Abende. Warum soll denn immer Sturm und Regen herrschen. Am Mai sind wir schon betrogen worden. Grundlos logar! Der Juni ist zur Hälfte verstorben. Also? — Die verlebten und verlobten Mädchen hatten besonders schwer zu leiden, denn das Wetter war meistens so, daß man keinen Funz hinter dem „gehetzten“ Ofen herausjagen möchte. Was die Dichter und ästhetische Menschenfinder von der Wärme der Frühlingsnächte, von lauen Abenden und von der unermesslichen Lustigkeit schwärmen, war übrigens anzujubeln.

Das muß auf die Menschen, vor allen Dingen auf die jungen Menschenfinder wirken. Die Zahl der Verlobungen, noch mehr aber die der Eheschließungen wird in diesem Jahr, mit einem Defizit abschließen. Ein ungeheurer Mangel wird erreicht werden. Freude wird nur das Wohnungsamt haben. Und das bringt mich auf den Gedanken, ob von dort vielleicht eine Angelegenheit verhandelt ist. Es könnte nicht schaden, wenn eine Unternehmung eingeleitet würde. Vielleicht nimmt die kommunistische Fraktion bei dieser Sache einmal an.

Oder sollte man an anderer Stelle noch ein Interesse daran haben, unsere gute Bevölkerung um die schönen Abende zu bringen? — Ich würde kann.

In Gegenteil. Das hässliche Amt z. B. will doch möglichst günstige Geburtenziffern bringen, also je mehr je lieber. Wenn die Abende so schlecht sind wie in diesem Jahre, wird auch dort nicht viel herauspringen und das Jugendamt bekommt weniger zu tun.

Man stelle sich einmal vor, es würde so einige Jahre hindurchgehen. Das würde ein schöner Niedergang werden!

Über da fällt mir ein, daß doch noch Interesse für das Wetter an gewissen Stellen vorhanden ist, wohlverstanden, für schlechtes Wetter! Das sind unsere Kinos und die Tanzsäle. Vor Jahren haben sie schon in Eingaben darauf hingewiesen, daß der Besuch im Sommer außerordentlich schwach sei. — Ich nehme eine Unternehmung dieser Art in Erwägung und stelle fest, daß der Besuch blendend war, trotzdem die Filme wirklich nichts boten. Oder sollte das gerade der Grund gewesen sein, den Kinos zu schließen?

Rein. Der weiche Grund war ein ganz anderer. Das Publikum wollte einmal Sonne sehen. Landhopper im hellen Sonnenlicht! Demnach hatten nur die Direktoren die Filme angeschaut. Die Sonne war wirklich begierig. Sie haben

nur die Sonne, freuten sich, daß es so etwas auch noch gab, wenn auch anderswo und gingen über den öden Inhalt der Filme glatt hinweg.

Eine Unternehmung der anderen Stellen — ich riskiere es nicht, sie noch einmal zu nennen — brachte daselbe Ergebnis. Zurhilar, nicht wahr? — Aber es hat mir nichts gekostet. Ich habe nur gesehant. Und habe gestaunt über die kolossale Ausdauer. Unter dem Tisch habe ich es mit den Füßen auch mal probiert, einen Keilswall — oder wie das Ding heißen mag — mitzutreten, aber ich hab' es schnell wieder aufgegeben, nachdem die Tischdecke mit dem, was daraufstand, heruntergerutscht war. Und mehr werde ich auf keinen Fall von diesem lauen Abend verraten.

Hoffentlich wird es nun bald so, daß wir ins Freie können. Dann kommt so etwas überhaupt nicht vor. Aber bei diesem Wetter ... I. A.

Vom Arbeitsmarkt

Bericht des Landesarbeitsamtes Mecklenburg-Lübeck in Schwerin i. M. über die Lage des Arbeitsmarktes vom 1. bis 15. Juni

Die langsame Besserung der Arbeitsmarktlage setzte sich auch in der Berichtswoge in demselben Tempo wie in den Vorwochen fort.

Während in den größeren Städten des Landes eine Besserung hauptsächlich im Handgewerbe, in der Metallindustrie und bei den ungelernzten Arbeitern in Erscheinung trat, laufen in den kleineren Städten und Landbezirken Anforderungen für landwirtschaftliche Arbeiter ein.

Es wurden gemeldet aus Meckl.-Schwerin 3993 (4373) Arbeitssuchende, davon 3193 (3521) Hauptunterstützungsempfänger; Meckl.-Sirellig 643 (761) Arbeitssuchende, davon 269 (367) Hauptunterstützungsempfänger; Lübeck 2900 (2905) Arbeitssuchende, davon 1411 (1576) Hauptunterstützungsempfänger.

Insgesamt also 7436 (8039) Arbeitssuchende, davon 4873 (5404) Hauptunterstützungsempfänger.

Aus der Landwirtschaft lagen in dieser Berichtswoge die ersten Anforderungen für Erntearbeiter für die beginnende Heuernte vor, hauptsächlich wurden Mäher verlangt. Der Bedarf konnte gedeckt werden. Ebenso wurden geübte Arbeitskräfte für Heuarbeiten der Hofröhre angefordert. Aus einigen Bezirken wird die Anforderung von Arbeitern zur Bearbeitung von Futterrüben (Hede) gemeldet. Den Anforderungen konnte nicht immer Rechnung getragen werden. Der bisher schon stets geringe Bedarf von jüngeren Knaben, Knäbchen, Herberpflegern, Melk- und Aufzuchtweibern hat auch in dieser Woche angehalten. Auch hier war es nicht möglich, selbst mit Hilfe des Ausgleichs, den Anfordernngen gerecht zu werden. Weiter besteht Nachfrage nach Depotfamilien mit mehreren Arbeitskräften.

In der Metallindustrie war die Lage uneinheitlich. Während einige Betriebe Entlassungen vorzunehmen, wurden in anderen Betrieben Arbeitskräfte eingestellt, so daß am Schluß der Berichtswoge die Gesamtzahl der Erwerbslosen in dieser Berufsgruppe abgenommen hatte.

Das Handgewerbe blieb weiter gut beschäftigt. Die Nachfrage nach Zimmerern hat auch zugenommen. Zum Teil war es nur unter den schwierigsten Verhältnissen möglich, die offenen Stellen für Männer im Ausgleichswege zu besetzen.

In Holzgewerbe ist keine Veränderung eingetreten. Auf dem Handlungsgewerbe hat nennenswerte Veränderungen nicht zu verzeichnen. Es scheint eine leichte Besserung eingetreten zu sein, die aber wohl auf Einstellung von Auschillen, die für Reparaturen eingestellt sind, eingetreten ist.

In der Hauswirtschaft ist in den Laboratorien eine recht gute Vermittlung von Haus- und Küchenweibern ein, wo-

Der den nummerierten Platz auf nur 60 und 80 Pf. festgesetzt. Karten und Programme wolle man rechtzeitig im Vorverkauf bei der Firma C. Robert entnehmen.

Höhere Beiträge zur Invalidenversicherung. Ab Montag, den 27. Juni 1927, beginnt die erste Lohnwoche, für welche der durch Gesetz vom 8. April 1927 bei der Invalidenversicherung eingeführte erhöhte Beitrag zu entrichten ist, abgesehen von der Lohnklasse VII, die erst mit dem 1. Januar 1928 in Kraft gesetzt wird. Als Wochenbeiträge werden für die Zeit ab 27. Juni 1927 erhoben: Für die erste Lohnklasse (bis 6 RM.) 30, für die zweite Lohnklasse (bis 12 RM.) 60, für die dritte Lohnklasse (bis 18 RM.) 90, für die vierte Lohnklasse (bis 24 RM.) 120, für die fünfte Lohnklasse (bis 30 RM.) 150, für die sechste Lohnklasse (über 30 RM.) 180 Reichspfennig. — Zu beachten ist von den Arbeitgeberern von den freiwillig Versicherten, daß die Beiträge auch für die Zeit vor dem 27. Juni 1927 vom 1. August 1927 an nach den neuen Vorschriften zu entrichten sind. Eine sämtliche Entziehung der Beiträge zur Invalidenversicherung kann sich daher besonders bei Arbeitgebern mit größerer Arbeiterschaft recht fühlbar auswirken.

Vadearbeiten Krähentheid und Fallendamm. Die Temperatur betrug am 21. Juni: Luft 16°C, Wasser 17°C.

Küdnitz. Die Partei vor großen Aufgaben! Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet am kommenden Mittwoch im Lokal von Dieckmann statt. Eine außerordentliche Versammlung mitten im Hochsommer — weniger dem Kalender nach; sonst hat ja noch niemand etwas vom Sommer gemerkt — das ist schon ungewöhnlich; und das Programm — zwei weibliche Referenten an einem Abend, das war in Küdnitz überhaupt noch nicht da. — Warum der Aufwand? Es gilt, den prächtigen Aufschwung, den die Partei hier im letzten Jahr genommen hat, auch organisatorisch auszuwirken, das Erreichte vor allem unseren Frauen und Kindern zugute kommen zu lassen. Die Zeit, da der Mann allein das Wort hatte, ist längst vorbei; die Arbeiterfrau hat gewiß nicht mindere Sorgen und sie soll Gelegenheit haben, im Kreise gleichgestimmter Schwestern mitzuarbeiten am Wohl der Familie und der Allgemeinheit. Darüber wird die Genossin Köpcke, die Vorsitzende der Lübecker Frauenorganisation, am Mittwoch sprechen, und die Gründung einer Frauengruppe für Küdnitz ist das erste Ziel dieser Versammlung. — Aber es soll nicht nur die Organisation ausgebaut und erweitert werden, praktische Arbeit ist und bleibt die Hauptsache. Und die soll zuerst unseren Kindern dienen. Und darüber wird nach der Genossin Köpcke die Genossin Solmiz, die Leiterin der blühenden Lübecker Kinderfreundegruppen, sprechen. Sie wird praktische Vorschläge für die Aufnahme der Kinderfreundearbeit hier am Ort machen. Und was sie zu sagen hat, geht alle an, nicht nur die Frauen. Die Kinder zu Spiel und Arbeit anzuleiten, sie in sozialistischem Geist zu erziehen, das ist Sache der Väter sowohl wie der Mütter; und unsere Arbeiterjugend muß uns die besten Kräfte dazu als Helfer und Helferinnen stellen. Darum muß gerade diese außerordentliche Versammlung einen Massenbesuch aufweisen. Als Gast ist willkommen, wer Interesse für diese positive Arbeit hat und gewillt ist, sich mit in unsere Reihen zu stellen. Die organisierten Genossen aber und die Genossinnen vor allem müssen reiflos erscheinen; denn diese Versammlung soll und muß der Grundstein werden für die zukünftige Arbeit unserer Partei in Küdnitz.

Moising. Straßenbauten. Nachdem mit dem diesjährigen Haushaltsplan 13 800 RM. für die Erneuerung der Moisinger Hauptstraße bzw. Mendorfer Straße bis zur Mendorfer Grenze bewilligt worden waren, sind jetzt die dementsprechenden Straßenbauarbeiten in Angriff genommen und bereits im schnellen Vorwärtsschreiten. Wie mitgeteilt wird, ist in Aussicht genommen, die Verkehrsstraße von der Endstation der Straßenbahn bis zum Judenkirchhof ebenso wie die übrigen hauptsächlichsten Schotterstraßen des Lübecker Staatsgebietes in den nächsten Jahren mit einer Bitumenbedeckung zu versehen. Ein weiterer wesentlicher, seit vielen Jahren geforderter Straßenbau, die gründliche Instandsetzung des Kapitelsdorfer Kirchweges (Verbindung zwischen der Kronsforder Chaussee und Genin und damit zur Hamburger Chaussee) ist auch für dieses Jahr vorgesehen. Das laufende, von der Baubehörde auszuführende Kostendarmenprogramm benötigt für diese Arbeit 22 000 RM. Dem Vernehmen nach soll dies Projekt noch vor Beginn der schlechten Jahreszeit zur Ausführung kommen. Die jetzige, weit und breit bekannteste Verfassung der Straße hat man schon stundenlanges Qualen von Menschen und Tieren um die stehengebliebenen Wagen und Automobile zur Folge gehabt. Daß hier eine gründliche Veränderung eintritt, wird alleseitig begrüßt werden.

Konzert für die Erwerbslosen!

Der Erfolg der wiederholten Veranstaltung der Beethovenerfeier vor den Erwerbslosen und sonstigen bedürftigen Kreisen der Lübecker Bevölkerung hat die Behörde für Arbeit und Wohlfahrt veranlaßt, abermals eine musikalische Darbietung zu arrangieren. Am 22. Juni, abends 7½ Uhr, findet in der Marienkirche ein Konzert statt, in dem als Mitwirkende neben Prof. Lichtwardt und der Vereinigung für kirchliche Chororgel als Solistin die hiesige Sängerin Frau Böhne auftritt.

Für die Erwerbslosen werden die Karten beim Arbeits- und Wohlfahrtsamt ausgegeben. Gegen Vorzeigung der Eintrittskarte werden Programme mit Text am Eingang der Kirche kostenlos verteilt. Nähere Bekanntmachung über die Kartenausgabe erfolgt noch. Wir erziehen die Erwerbslosen, sich an dieser Veranstaltung rege zu beteiligen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Lübeck

Achtung Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte!

Gemeinsame Versammlung der gesamten Gewerkschaftsvorstände und Betriebsräte am Mittwoch, dem 22. Juni, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. In dieser Versammlung wird Herr Präsident Dr. Link über die Arbeitszeitverordnung sprechen und zum Fest der Arbeit erneut Stellung genommen.

Das Erscheinen aller Gewerkschaftsvorstände ist erforderlich. Außerdem sind zu dieser Versammlung geladen die parteigenösslichen Betriebsräte und Vertrauensleute.

ADGB, Ortsausschuß Lübeck

Freie Rundfunkvorträge

Vorlesaal der Volkshochschule, Hundestraße 3, Hofgebäude 1. Etage
Mittwoch, den 22. Juni

15.35 Uhr: Wetter- und Börsenbericht. — 16.00 Uhr: Erziehungsberatung (Dr. Klopfer, Frä. Cornius). — 16.30 Uhr: Vektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene (Stud.Nat. Friebel). — 17.00 Uhr: Die Naturkräfte und ihre technische Verwendung (Prof. Dr. Merz). — 17.30 Uhr: Vom Singpiel zur Operette (Dr. Hans Flecher). — 18.00 Uhr: Technischer Lehrgang für Facharbeiter: Technische Physik (Gewerbelehrer Mayer).

Neues aus aller Welt

Schiffsunglücke auf der Ostsee

6 Personen ertrunken — Ein Schiff in Seenot

Eine Wolffsmeldung besagt: Die Rostocker Segeljaht „Schwalbe“, die Sonntag früh mit acht Personen (fünf Studenten und drei Studentinnen) nach Mürich segelt war, geriet bei der Rückfahrt am späten Nachmittag in Seenot. Sie wurde von der dänischen Fähr „Alexandra“ bemerkt, die ihr Rettungsboot aussetzte und den Versuch machte, die Insassen der Jacht zu retten. Es konnten aber nur zwei Studentinnen gerettet werden, während die übrigen sechs Personen ertrunken sind.

Wie aus Kopenhagen dazu berichtet wird, erhielt der Fährdampfer von Gjedser aus drahtlose Nachricht, wonach der Rostocker Touristendampfer Kronprinz sich in Seenot befände. Der Fährdampfer setzte den Kurs in der angegebenen Richtung fort. Als er sich der deutschen Küste näherte, tauchte plötzlich ein Rostocker Kutter vor ihm auf, der gleichfalls in Seenot war und um Unterstützung bat. Der Kutter steuerte nach einem Bericht der Verdingte Tidende auf den Fährdampfer zu, ließ gegen ihn und kenterte. Alle an Bord Befindlichen fielen ins Wasser. Es waren drei Rostocker Studenten und fünf Studentinnen. Vom Fährdampfer wurde sofort ein Rettungsboot ins Wasser gelassen. Im Sturm wiegte die hohe Welle das Boot wie eine Kutschkutsche. 1½ Stunden ruderte die Mannschaft in strömendem Regen umher, bis es ihr gelang, zwei der mit den Wellen ringenden Schiffbrüchigen, zwei Studentinnen, zu bergen. An dem gekenterten Kutter sah die Rettungsmannschaft einen Mann in erschöpftem Zustande hängen. Kurz vor der Rettung verlor ihn aber eine haushohe See. Von den übrigen war nichts mehr zu sehen.

Inzwischen war auch die Lage der Bootinsassen sehr kritisch geworden, da sie sich weit von dem Fährdampfer entfernt hatten und es dunkler geworden war. Einer der Matrosen setzte, um ein Signal zu geben, eine Schachtel Streichhölzer in Brand, und diese Flamme wurde von dem Dampfer, wo man in Angst und Spannung Ausguck hielt, beobachtet. Die Mannschaft und die beiden Studentinnen waren gerettet. Die beiden letzteren wurden nach der Ankunft in Warnemünde ins Krankenhaus gebracht.

Die Festigkeit des Sturmes ist daraus zu ersehen, daß die Eisenbahnrampen auf dem Fährdampfer aus den Schienen gehoben wurden und die Buffer sich ineinander festgehackt hatten, so daß Rettungsmannschaften in Warnemünde herbeigerufen werden mußten, um die Wagen voneinander zu lösen.

Der deutsche Touristendampfer Kronprinz, der zuerst den Dampfer Prinzessin Alexandra um Beistand gebeten hatte, traf, wie von anderer Seite gemeldet wird, auf ein in Seenot befindliches Boot mit zwei Bootsführern und fünf Fährmännern der Reichswehr. Es gelang, die Leute aus dem Boot zu bergen. Das Boot ging in Trümmer; der Dampfer bekam die Leine des Bootes in seine Schraube, so daß er manövrierunfähig wurde. Die Rettungstation Warnemünde beorderte nun den Dampfer Bismarck zur Hilfeleistung. Auch das Motor-Lotsenboot und das Verkehrsboot gingen zur Unfallstelle, um die

Schwurgericht

Anfang mit Hindernissen

Am Montag vormittag begann die erste diesjährige Sitzung des Schwurgerichts, dem — ein erfreuliches Zeichen — insgesamt nur vier Fälle zur Beurteilung vorliegen. Auf 10 Uhr war der Beginn festgesetzt, doch stellte sich bei Eröffnung der Sitzung durch den Landgerichtspräsidenten Dr. D. Meier heraus, daß die Angeklagte der ersten Verhandlung, Frau Gennburg, nicht erschienen sei, sondern sich kurz vor der Sitzung durch Krankheit entschuldigt habe. Nach einer mit polizeilichen Ermittlungen angefüllten anderthalbstündigen Pause wurde dann eine auf den Nachmittag anberaumte Verhandlung eingeschoben, bei deren Beginn aber auf den durch anderweitige Verhandlung behinderten Verteidiger gewartet werden mußte, so daß es nahezu 12 Uhr war, als die Sitzung endlich beginnen konnte.

Angeklagt war der frühere Kapitän Suhr aus Lübeck wegen Meineid und Versicherungsbetruges.

Der Angeklagte ist wegen dieser Straftaten am 10. Dezember 1926 zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und den Nebenstrafen verurteilt und am selben Tage in Haft genommen worden. Die durch den Verteidiger, Rechtsanwalt Steinbömer, beim Reichsgericht eingelegte Revision hatte infolgedessen Erfolg, als das Urteil aufgehoben wurde, soweit es wegen Versicherungsbetruges erging, und in Ansehung der Bildung der Gesamtstrafe.

Zu Anfang der jetzigen Verhandlung wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Feststellungen des Gerichts erster Instanz als zutreffend anerkannt und daher für heute keine Zeugen geladen seien. In längerer Ausführung trat Rechtsanwalt Steinbömer dieser Auffassung entgegen und beantragte erneute Beweisaufnahme, um deren Ablehnung der Staatsanwalt von Neu zu ersuchte. Aus der Verlesung des Reichsgerichts- und des Schwurgerichtsurteils wurde den Geschworenen der Fall in seinen Einzelheiten erklärt, und auch hier sei zum besseren Verständnis aus der ersten Verhandlung

die Vorgeschichte

mitgeteilt. Suhr erhielt vom Wohlfahrtsamt zum Kauf eines Kutters, mit dem er sich nach langer Erwerbslosigkeit eine Existenz schaffen sollte, ein Darlehen von 450 RM., das als Anzahlung auf den Kaufpreis von 1000 RM. diente. Das Wohlfahrtsamt galt als Eigentümer, auf sein Verlangen veräußerte Suhr das Schiff, und zwar mit 3000 RM. Bei günstigem Wetter begab sich Suhr am Nachmittag des 19. Juni auf die geheimnisvolle Fahrt nach Bismar, von wo er sich einen Vermögen aus der Fährgehilfen holen wollte. In der Höhe von Schwansee warf Suhr, der allein an Bord war, das Reis, mußte es aber ohne Erfolg wieder einziehen, und beschloß nach Wismar zu segeln. Als Suhr sich gegen Mitternacht vom Ruder weg nach dem Motor begab, in jeder Hand eine leere Benzintanne, schlug plötzlich das Segel um und traf Suhr daran ins Gesicht, daß er über Bord fiel. Nach mancherlei Anstrengungen gelang es ihm, die Rannen, die ihm dabei entglitten waren, wieder aufzufischen. Er band sie mit einem Band, das er zufällig in der Tasche hatte, zusammen und erreichte, die Tanks als Schwimmer benutzend, bei Sollenhagen gegen 3 Uhr den Strand. Die Unfallstelle soll etwa 2-3 Seemeilen vom Lande entfernt gewesen sein. Eigenartig ist, daß Suhr den ersten ihm begegnenden Reuten erzählte, das Schiff sei gesunken, während es in den Morgenstunden des 20. Juni bei Dahme antrieb.

35 Passagiere des Dampfers Kronprinz und die Geretteten weiter zu bergen. Bei der schweren See blieben die Versuche zum Bergen der Passagiere ohne Erfolg. Die Warnemünder Fahrzeuge kehrten zurück. Montag früh, bei ruhiger See, lag der Dampfer Kronprinz vor Anker gegenüber Mürich und nun gelang es, die Passagiere und die geretteten Reichswehrmänner sowie ihre Begleitung nach Warnemünde zu bringen.

Eine verhängnisvolle Autofahrt

4 Männer überfallen ein Mädchen

Zu einer verhängnisvollen Fahrt ließ sich in Berlin ein anständiges junges Mädchen von 21 Jahren verleiten, die in einem größeren Lokal angestellt ist. Hier erschien abends ein junger Mann, den sie früher einmal fernengeliebt, seitdem aber nur selten mehr getroffen hatte. Der Gast unterhielt sich zeitweilig mit dem Mädchen, erzählte ihr, daß ein Freund von ihm draußen mit einem Auto halte und erbot sich, sie mit dem Wagen nach Hause, im Norden der Stadt, zu bringen. Die Angestellte ließ dann, als um 1 Uhr geschlossen wurde, auch ahnungslos ein. Gleich darauf aber stiegen außer dem Bekannten noch drei andere Männer ein. Alle schlugen vor, nicht gleich nach Hause zu fahren, sondern unterwegs noch einmal einzufahren.

Das Mädchen hatte erst Bedenken, ließ sich aber überreden und besuchte mit den jungen Männern noch mehrere Lokale. So geriet man weiter in die Luze bezirke. Die Bitten des Mädchens, doch nach Hause zu fahren, wurden überhört. Um 5 Uhr morgens war man nach Mahlsdorf gekommen. Hier hieß es plötzlich, der Wagen habe eine Panne. Alle stiegen aus, und jetzt packten die vier Männer das Mädchen und warfen es in den Chaujeegraben. Einer vergewaltigte das Mädchen, während die anderen es festhielten und mit einer Mütze den Mund zudrückten. Als plötzlich eine Motorradfahrerin der Schutzpolizei herantam, ließen die Missetäter vor ihrem Opfer ab und ergriffen die Flucht. Der Chauffeur jagte mit dem Auto nach Berlin zu davon. Den beiden Beamten gelang es, drei der Missetäter zu fassen und nach der Wache zu bringen. Der vierte, der das Mädchen vergewaltigt hatte, entkam und ist noch nicht ergriffen. Die beiden Schutzbeamten hatten sich die Erkennungsnummer des Autos gemerkt, gaben sofort Rundbesprechungen nach Berlin, und so gelang es bald, auch den Autoführer festzunehmen. Er und die drei anderen wurden der Kriminalpolizei vorgeführt. Die drei geben nicht nur ihre Beteiligung, sondern auch die Absicht zu, das Mädchen ebenfalls zu vergewaltigen. Nur der Chauffeur, der Führer eines Privatwagens, der mit diesem eine „Schwarzfahrt“ gemacht hatte, leugnet sie.

Gemeiner Ueberfall bei Berlin. Montag früh gegen 6 Uhr wurde die 54 Jahre alte Witwe Giersdorf in ihrer Wohnkammer in Heinersdorf von einem Mann überfallen und bestialisch mißhandelt. Auf ihr Hilgeschrei warfen sich ihre beiden 15 und 16 Jahre alten Söhne auf den Angreifer. Als ein herbeigerufener Polizeibeamter den Mann nach der Polizeiwache bringen wollte, riß er sich los und floh. Da er auf Haltrufe und einen Schreckschuß nicht stehen blieb, schloß der Beamte noch einmal und tötete den Fliehenden, einen 27jährigen Gärtner Schneider. Die Ueberfallene ist ihren Verletzungen erlegen.

Einsturzungslud in Kolumbien. In Rosellon bei Medellín stürzten die Fabrikgebäude einer Spinnerei durch einen großen Erdbeben ein. Man befürchtet, daß sechzig junge Arbeiterinnen den Tod gefunden haben. Mehr Leichen sind bereits geborgen. Der Erdbeben war durch Regenfälle verursacht worden. Die Spinnerei ist von den Erdmassen völlig bedeckt.

Nach längerer Beratung lehnte das Gericht in der jetzigen Verhandlung die neuen Beweisanträge der Verteidigung ab, da es sich an die Feststellungen des ersten Urteils gebunden erachtete.

Der Verteidiger war der Meinung, daß eine Verurteilung des Angeklagten wegen vollendeten Versicherungsbetruges nach den Umständen des Vorganges nicht in Frage kommen könne; mindestens zweifelhaft sei es auch, ob ein versuchter Betrug vorläge. Der Angeklagte sei also von der Anklage des Betruges freizusprechen; sollte das Gericht aber zu einer Verurteilung kommen, sei eine milde Strafe am Platz und der Haftbefehl aufzuheben, da für ihn kein Grund vorliege.

Nach Meinung des Staatsanwalts liegt unter allen Umständen ein vollendeter Betrugsvorwurf vor. Zwar sei der Verteidigung dahin zugestimmt, daß der Angeklagte keinen Vorteil von der Sache gehabt habe, andererseits sei der Versicherungsbetrag mit besonders harter Strafe bedroht. Mildere Umstände könnten nicht zugebilligt werden, und deshalb sei eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus sowie eine Geldstrafe von 1000 RM. am Platz. Die Untersuchungshaft könne angerechnet werden, einer Aufhebung des Haftbefehls sei zu widersprechen.

Das Urteil

erging dahin: Der Angeklagte wird wegen versuchten Versicherungsbetruges unter Einbeziehung der am 10. Dezember 1926 wegen Meineides gegen ihn erkannten Zuchthausstrafe von 1 Jahr 3 Monaten zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und zu einer Geldstrafe von 300 RM. verurteilt; die Untersuchungshaft wird mit 6 Monaten angerechnet, die Aufhebung des Haftbefehls abgelehnt.

Auch der zweiten Verhandlung lag eine Anklage vor

Meineides

zugrunde, die die Witwe Gennburg beschuldigt, am 9. Dezember 1925 als Zeugin in einem Zivilprozeß wesentlich einen falschen Eid geleistet zu haben. Die Verhandlung, in der 14 Zeugen vernommen wurden, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Nach Abwägung aller erschwerenden und mildern Umstände beantragte der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Dr. Lienau, gegen die Angeklagte eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und im Hinblick auf die Höhe der zu erwartenden Strafe Erlass eines Haftbefehls.

Nachdem die Öffentlichkeit wieder hergestellt war, verhandelte der Vorsitzende folgendes

Urteil:

Die Angeklagte wird zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt, die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihr auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Obwohl die Angeklagte in frivoler Weise und wesentlich einen Falsch Eid geleistet hat, hat das Gericht auf eine Gefängnisstrafe erkannt, da die Angeklagte sich bei ihrer Eidesleistung in einer Zwangslage befand. Von einem Haftbefehl sah das Gericht ab.

Les Bücher: Wissen gibt Macht

Oberlausitz-Linien- und Verkehrsverein

12. Kreisfest vom 2. bis 4. Juli 1927

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

Schwartau-Rensfeld. Soz. Partei. Parteiverjammlung am Donnerstag, dem 23. Juni, abends 8 Uhr im Gasthof Transvaal. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag von Gen. Friz Hansen. Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Schwartau. Wochen-Meldung über die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen in den einzelnen Gemeinden in der Woche vom 6. bis 11. Juni

Gemeinde	Männl. über 21 Jahre	Erwerbslos	Weibl. über 21 Jahre	Erwerbslos	Zuschlagsentw. über 14 Jahre	Stunde
Bad Schwartau	54	5	5	—	40	48
Stadelsdorf	44	6	5	1	29	32
Rensfeld	42	3	2	—	30	42
Obernwohde	2	—	1	—	1	4
West-Ratekau	14	—	2	—	12	27
Ost-Ratekau	4	—	—	—	4	9
Ahrensböf Stadt	11	—	2	—	10	9
Ahrensböf Land	8	—	2	—	6	8
Siblin	13	—	—	—	12	17
Gleisdorf	8	1	—	—	7	13
Turau	7	—	—	—	6	7
Gniffau	2	1	—	—	—	1

Zusammen 209 16 19 1 157 212

Krisenunterstützungsempfänger 21

Insgesamt Unterstützungsempfänger 266

Am Sonntag, 14. Juni, Unterstützungsempfänger 254 ohne Unterstützung 45

Insgesamt Arbeitsuchende 299

Bei dem Arbeitsamt Bad Schwartau sind in der Woche vom 13.—18. Juni 23 Anträge auf Bewilligung von Erwerbslosenunterstützung gestellt worden.

Gewerkschaften

Auf dem Verbandstag der Holzarbeiter sprach am 4. Verhandlungstag Genosse Professor Dr. Kölling, Leiter der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., über die Lohnfrage im Lichte der neuen Wirtschaftsentwicklung. Der Inhalt des Vortrages wurde in einer Resolution niedergelegt. Sie besagt u. a.: Die veränderte Struktur der Weltwirtschaft verleiht der Aufnahmefähigkeit unseres Inlandmarktes eine höchst wichtige Bedeutung. Dem durch Rationalisierung und wissenschaftliche Betriebsführung in seiner Ertragskraft gesteigerten Produktionsapparat steht eine zusammengefasste Kaufkraft der breiten Massen gegenüber, die der Arbeiter durch den Raubzug der Inflation und den noch weiterhin dauernden Lohndruck. Statt mit Preislenkung und Lohnherabsetzung an der Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu arbeiten, geht das Unternehmertum den Weg monopolistischer Preisdiskrate und konsumfeindlicher Produktionsdrosselung. Die Reklame der Rationalisierung dient bisher nur dem privaten Unternehmerrfolg, nicht aber der Marktverbreiterung und allgemeinen Wohlfahrtssteigerung. Das Missverhältnis zwischen gesteigerter Produktionskraft und geschwächter Kaufkraft ist nur zu beklagen durch Gewährung ausreichender Lohnbezüge an die arbeitenden Massen.

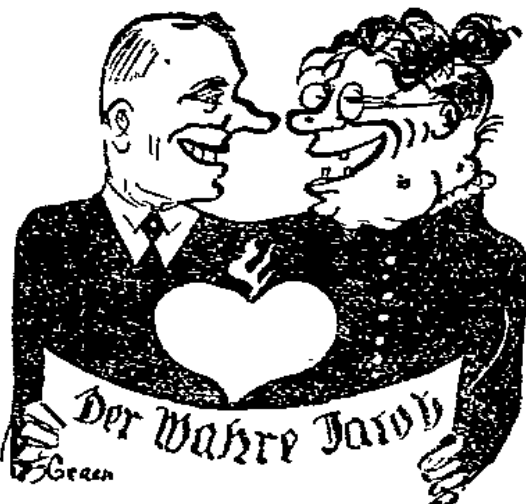
Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, ebenso dessen Beisitzer und der Verbandsbeirat. Angenommen wird ein Antrag, daß Verwaltungsverstellen mit Jugendabteilungen im Einverständnis mit dem Vorstand zum Lehrlingsbeitrag einen Vorschlag von 5 Pf. erheben können.

Angenommen wird der Antrag des Verbandsvorstandes, wonach die Verwaltungsverstellen berechnigt sind, mit Genehmigung des Verbandsvorstandes von den nach § 14 beitragsfreien Mitgliedern und von Ausgehenden einen möglichen Beitrag von 10 Pf. zu erheben. Der § 29, Absatz 2, des Statuts, der die Höhe der Arbeitslosenunterstützung festlegt, erhält nach dem Vorschlag der Vorbereitungs-Kommission eine neue Fassung. Danach beträgt bei einem Beitrag von 30 Pf. die Unterstützung je nach den geleisteten Wochenbeiträgen 2,40 bis 4,20 und steigt bis 9,60 bis 15,90 RM. bei einem Beitrag von 1,60 RM. Der § 29, Absatz 4 des Statuts erhält folgende Fassung: Mitglieder, die mindestens 78 Lehrlings- und 26 Wochenbeiträge geleistet haben, kann Arbeitslosenunterstützung nach den niedrigsten Sätzen gewährt werden. Die gleiche Bestimmung gilt auch für den § 57 und die Krankenunterstützung. Angenommen wird der Antrag des Verbandsvorstandes, der die Streitunterstützung neu regelt. Die Höhe bewegen sich von 2,70 RM. bis 7,50 RM. bei einem Beitrag von 30 Pf. und von 1,80 bis 3,15 RM. bei 1,60 RM. Beitrag. Der Kinderzuschlag bewegt sich bei der Streitunterstützung zwischen 60 Pf. und 1,50 RM. Die Streitunterstützung beträgt je nach dem Beitrag 30.— bis 105.— RM. Die Unzulageunterstützungsbeträge bewegen sich zwischen 18.— und 116.— RM.

Bei den Anträgen, die die Ortsverwaltungen betreffen, wird der Antrag der Gewerkschaft Hamburg und Leipzig angenommen, der das Schema der Beiträge im Gewerkschaftsstatut. In den Anträgen über Unfallversicherung und Gesundheitsfürsorge hat der Vorstand und die Vereinigungsmittler eine Entschärfung vorgelegt, in der es begründet wird, daß im Gewerkschaftsstatut ein Arbeitsunfallgesetz der Gewerkschaften ein Arbeitsunfallgesetz wieder angenommen wurde. Der Verbandstag fordert insbesondere gezielte Sicherstellung eines möglichen Einflusses der Vertreter der Gewerkschaften, einer gezielten Ausbeutung der Gewerkschaften und ihrer Angehörigen, ferner eine wirksame Bekämpfung der Betriebe unter Aufsicht von aus der Arbeiterhand herausgerissener Beamten, eine wirksame Umgestaltung der Unfallversicherungsgesetzgebung, so daß in ihnen auch die Versicherer maßgebenden Einfluß ausüben können. Die Wahl des Ortes des nächsten Verbandstages wird dem Vorstand überlassen, es wird ihm jedoch empfohlen, Bremen zu bestimmen.

Allerlei Wissenwertes

Wie schützt man sich vor Reizen? Mit der zunehmenden Dosis der Reize als unersetzliche Begleiterscheinung auch die Reize- und Hornhauterkrankungen. Zwischen Reizen und Hornhaut, die zur gleichen Familie gehören, besteht so gut wie kein Unterschied. Die Hornhaut zeigt die gleiche Hautfarbe und gelbe Farbe wie die Reize, die sie nur an Größe übertrifft. Beide entstehen aus Infektionen und Bakterien kommen. Während der Stachel einer Reize



Der Wahre Jacob
5.
Ein Mann namens Meyer,
— er war aus Polzin —
dem war die Schwiegermutter
seit langem nicht grün!
Er ließ aus dem „Jacob“
ihre Witz vor und Scherz;
seitdem sind die beiden
eine Seele, ein Herz!!

„Der Wahre Jacob“, das weltbekannte Witzblatt, kostet trotz erhöhten Umfanges nur 39 Pf. Bestelle noch heute beim Zeitungsboten oder in deiner Volksbuchhandlung.

und Hornisse ein Alkali enthält, ist jener der Biene säurehaltig. Man behandelt deshalb auch den Stich der Wespe mit Säure, zum Beispiel mit Essig, während bei dem der Hornisse die Anwendung eines Alkalis wie Ammoniak angezeigt erscheint. Wespen und Hornissen greifen den Menschen nur in der Notwehr an. Es ist deshalb unklug, sie durch Versuchen zu reizen. Das beste Mittel, sie in Schach zu halten, ist die Rauchwolke, und deshalb sind Zigaretten und Zigarren im Abwehrkampf das beste Verteidigungsmittel. In jedem Fall ist der Stich sehr schmerzhaft, und unter gewissen Umständen kann dadurch bewirkte Schwellung gefährlich werden. Das ist besonders der Fall, wenn Junge oder Genuß angegriffen werden, da in diesen Fällen die Schwellung stark genug sein kann, um das Eindringen der Luft zu hindern, so daß der Betroffene Gefahr läuft zu ersticken. Man tut deshalb gut, sich beim Obsterfassen vorher zu überzeugen, ob im Innern der Frucht keine Gefahr lauert. Während Bienen den Stachel stets in der Wunde zurücklassen, ist das bei Wespen nicht die Regel. Ist der Stachel in der Wunde geblieben, so soll er sofort entfernt werden. Dabei muß man aber sorgfältig zu Werke gehen, wenn die Entfernung des Stachels nicht größeren Schaden bedeuten soll als der Stich selbst.

STK. Ein merkwürdiger Fall von Ueberempfindlichkeit (Allergie) ist kürzlich bekannt geworden. Eine Frau litt an Geschwüren und üblem Befinden. Sie meinte, durch die Einspritzungen beim Zahnziehen sei das Uebel gekommen. Die Ärzte glaubten das nicht und versuchten es mit Diät und Bestrahlung usw. Schließlich stellte sich nach langen Versuchen heraus, daß die Frau überempfindlich gegen Kautschuk ist. Sie hatte ein künstliches Gebiß mit Kautschukplatte bekommen. Nach Herausnahme des Gebisses verschwand die Geschwüre binnen kurzer Zeit und der Eriß des Kautschuks durch ein anderes Material befreite die Frau endgültig von ihrem Leiden.

Neue Bücher

Als hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu beziehen

Kloßhaus' lautmännliches Handels- und Gewerbe-Wörterbuch des Deutschen Reiches; Band Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein, Preussische Braunschweig und Oldenburg und Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck (über 5450 Orte auf 1912 Seiten) zum Preise von 16.— RM. Die Wörterbücher bilden ein ausführliches Nachschlagewerk über die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Orte durch Aufzählung aller ansässigen Gewerbebetriebe in alphabetischer Reihenfolge mit Angabe des Betriebsanlasses, Orts-, Waren- und Fabrikationsregister ermöglichen ein rasches Nachschlagen. Außerdem sind für jeden Ort die Verkehrsverhältnisse und die gerichtliche Zuständigkeit angegeben.

Kulturwille 1927 VI, Utopia — Zukunftsland. Dieses Heft ist darüber besonders wertvoll, daß es neben einem interessanten Ueberblick über die Zukunftsliteratur die reaktionären Tendenzen der utopischen Literatur aufzeigt. In grundsätzlichen Beiträgen leitet besonders hervor: Friedrich Weiß: Sozialisierung als verwirklichte Utopie; Klaus Herrmann: Der utopische Roman; D. Jensen: Jack London als Utopist; Axel Eggbrecht: Möglichkeiten eines Zukunftsfilms; Friedrich Weiß: Kommunizierbare Experimente; Gerhart Wohl: Utopische Literatur — reaktionäre Utopien; Bruno Tazi: Bauern, Bräutchen und Gedichte aus Werken von Sallama, Engels, Seher, Walt Whitman, Anatole France, Döblin u. a. sowie eine Reihe wertvoller Bildbeigaben machen das Heft überaus lebendig und lehrreich. Jeder kulturell interessierte Hand- und Kopfarbeiter sollte den Kulturwille, der zu den besten Bildungsschriften der Gegenwart gehört, besitzen. Jährlich 2,40 RM. Probennummer kostenlos vom Verlag Arbeiterbildungs-Institut, Leipzig C 1, Straußstraße 17.

Münchener Wegweiser von Dr.-Ing. G. Steinlein, Verlag Buchverlag, München 2 C 5, Herzogstraße 19. Preis 1.— RM. — Der Münchener Wegweiser zeigt in Wort und Bild die kulturgeschichtliche Entwicklung dieser schönen Stadt. Ein großer und ein kleiner Plan, ein Straßennetzplan, eine Besichtigungstafel der Sehenswürdigkeiten, ein Hotel- und Pensionverzeichnis mit Preisangaben ist dem Führer beigegeben.

Postbezug für

welche in der Zustellung der Zeitung keine Unterbrechung wünschen, müssen bis zum 25. d. Mts. das Bezugsgeld für den nächsten Monat beim Postamt oder Briefträger entrichten.



Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Secretariat Johannisstr. 42. Telefon 2442

Sprechstunden: 11—1 Uhr und 1—2 Uhr Sonntags nachmittags geschlossen

Wichtig! Sozialdemokratische Schöffen und Geschworene! Donnerstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: 1. Vortrag des Genossen Dr. Haun über Rechte und Pflichten der Schöffen und Geschworenen. 2. Aussprache. Vollständiges Erscheinen Pflicht.

Künftig: SPD. Wichtung! Außerordentliche Mitgliederversammlung am Mittwoch, 22. Juni. Tagesordnung: Gründung einer Frauen- und Kinderfreunde-Gruppe. Referenten: Genossin Köpcke-Lübeck für die Frauenbewegung, Genossin Solmiz-Lübeck für die Kinderfreunde. Genossen, Genossinnen, sorgt für Massenbesuch! Güte dürfen eingeführt werden.

Sozialdemokratische Frauen

Am Mittwoch, dem 22. Juni, Besichtigung der Ausstellung „Der Mensch“ in der Hauptturnhalle, Mühlenstraße. Treffpunkt 3 Uhr nachmittags vor der Turnhalle. — Donnerstag, den 23. Juni, 8 Uhr abends wichtige Besprechung der Bezirksführerinnen und deren Genossinnen im Gewerkschaftshaus.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Bureau: Johannisstraße 48

Wichtung, Ortsvorsitzend und Abteilungsleiter! Am Freitag, dem 24. Juni, abends 8 Uhr Sitzung im Heim, Königsstr. 97. Das Erscheinen aller Orts- und Abteilungsleiter ist Pflicht.

Wichtig, Mitglieder! Heute wichtige Parteiverammlung. Erscheint bitte alle. Abt. Stadt. Am Mittwoch plattdeutsche Vorlesungen des Gen. Bruns. Wochtag. Am Mittwoch, dem 22. Juni kommen wir zum Heimabend ins Kaffeehaus. Am 7 Uhr Volkstanz. Am 8 Uhr Vortrag des Gen. A. Peter. Bis Mittwoch abend müssen auch die Anmeldungen für Leseshow erfolgt sein.

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Wichtung, Metallarbeiter-Jugend! Dienstag abends 7 1/2 Uhr Übungsstunde der Wäpfer. Rotenbücher mitbringen. Das Erscheinen aller Wäpfer ist Pflicht. Metallarbeiter-Jugend. Rezitationsgruppe. Mittwoch, den 22. ds. Mts., abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Ref. Kämmerer „Wilhelm Tell“ mitbringen. — Donnerstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr Vortrag: „Sozialismus“. Holzarbeiter-Jugend. Mittwoch abend 8 Uhr Spielabend auf Suniamshof. — Das Fahrgeld für die Hamburgfahrt muß abgegeben werden.

Wetterbericht der Deutschen Gewarte

Auf der Rückseite der sich auffüllenden und ostwärts ziehenden Hochdruckgebilde, haben wir bei fast böigen westlichen bis nordwestlichen Winden kühles Wetter mit ergiebigen Regenschauern zu verzeichnen. Die zeitweiligen Winden lassen sich mit der Abnahme der Druckgegensätze an Stärke langsam nach und nach nach Norden gerichtete Teil des Hochs rückt weiter vor. Eine Wetterberührung dürfte infolge des starken Wadringens des neuen atlantischen Tiefs, welches den Stachel schon zum Verschwinden bringt, kaum in Erscheinung treten können und es ist dann mit erneuter Wetterberührung zu rechnen.

Wahrscheinliche Witterung am 21. und 22. Juni
Mäßige bis frische böige westliche Winde, wechselnd bewölkt, Regenfälle, geringe Erwärmung.

Schiffsnachrichten

Lübeck Linie Antingsee-Schiffahrt

D. „Danzig“ ist am 20. Juni 4 Uhr in Danzig angekommen

D. „Sankt Gertrud“ ist am 18. Juni 16 Uhr von Danzig nach Lübeck abgegangen.

D. „Sankt Lorenz“ ist am 18. Juni 13 Uhr von Danzig nach Riga abgegangen.

D. „Sankt Lorenz“ ist am 20. Juni 9 Uhr morgens in Riga angekommen.

Abgegangene Schiffe

20. Juni
D. Gauthiod, Kapt. Oeberg, von Lübeck nach 2 Tg. — M. 16, Kapt. Nielsen, von Wismar, 2 Tg. — D. Nordlicht, Kapt. Matthies, von Wismar, 4 Td. — M. Alma, Kapt. Schöppe, von Neustadt, 2 Td. — D. Sankt Jürgen, Kapt. Meyer, von Riga, 3 Tg. — D. Sankt Gertrud, Kapt. Mirow, von Danzig, 2 Tage.

D. Seeadler 1, Kapt. Neuss, von Wismar, 3 Td. — D. Swaner, Kapt. Stenfeldt, nach Kopenhagen, 1 Tg. — D. Thyland, Kapt. Sörensen, von Odense, 1 Tag.

Abgegangene Schiffe

20. Juni
D. Helgoland, Kapt. Müller, nach Aalborg, leer. — D. Dornen, Kapt. Berndtson, nach Gothenburg, 2 Td. — D. Alice, Kapt. Christensen, nach Langeland, Brittele. — M. Margarethe, Kapt. Hansen, nach Nyborg, Brittele. — M. Maagen, Kapt. Kops, nach Norrebro, Gipssteine.

Abgegangene Schiffe

D. „Wiberg“ ist am 18. Juni 13 Uhr von Frederikshavn nach Lübeck abgegangen.

Kanalschiffahrt

Eingehende Schiffe

Nr. 532, Pödel, Rensburg, 361 To. Kalksteine, von Rensburg. — Nr. 564, Pödel, Rensburg, 363 To. Kalksteine, von Rensburg. — Nr. 611, Pödelmann, Hamburg, 50 To. Mais, von Hamburg. — Nr. 10323, Schulte, Hamburg, 186 To. Weizen, von Hamburg. — Nr. 8330, Janowski, Hamburg, 331 To. Weizen und Mais, von Hamburg. — Nr. 8943, Siemens, Lauenburg, 149 To. Mais, von Hamburg. — Nr. 2185, Schöne, Rostau, 515 To. Steinholz von Schönebeck. — Nr. 758, Hebelmann, Lauenburg, 150 To. Stützgüter, von Magdeburg. — Nr. 968, Bruns, Lübeck, 228 To. Reis, von Güter. — Nr. 2820, Helmar, Lübeck, 450 To. Steinholz, von Rostau. — Nr. 10445, Knecht, Altona, 461 To. Stützgüter, von Hamburg. — Güterdampfer Katharine Berlin, Olte, 174 To. Stützgüter, von Hamburg. — Nr. 880, J. Stühli, Lübeck, 60 To. Reisern, Kame, von Wismar. — Nr. 10307, Paul, Rostau, 564 To. Gauderholz und Kalksteine, von Magdeburg. — Nr. 544, Schneidmünd, Rensburg, 374 To. Kalksteine, von Rensburg. — Nr. 781, Roggling, Rostau, 182 To. Stützgüter, von Hamburg. — Motorlohn Lübeck, Schiffer Wolter, Lauenburg, 114 To. Wehl, von Hamburg.

Ausgehende Schiffe

Nr. 1696, Todte, Altona, leer, nach Hamburg. — Nr. 736, Mariensen, Lauenburg, leer, nach Hamburg. — Nr. 2349, Kenmann, Altona, leer, nach Hamburg. — Nr. 6573, Geisse, Jerspenfleuse, leer, nach Güter. — Nr. 9496, Boede, Güter, 144 To. Papierholz, nach Dresden. — Nr. 307, Kriebel, Altona, 144 To. Brittele, nach Bergedorf. — Nr. 124, Schulz, Lauenburg, leer, nach Hamburg. — Nr. 2015, Sultens, Altona, leer, nach Hamburg. — Nr. 153, Kaniß, Altona, leer, nach Güter. — Nr. 6913, Lindner, Rensburg, leer, nach Hamburg.

Marktberichte

Hamburger Getreidebörsen vom 20. Juni. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die Preise gestiegen sich heute normiert etwas freundlicher, besonders durch höhere Abgaben vom Ausland, und die regerliche Witterung hat die Stimmung für Brotgetreide gebessert. Die Börsenverhältnisse im Hafen haben sich gehoben, so daß der Druck der großen Anträge befristet wurde. Preise in Reichsmark für 1000 Kilogramm: Weizen 226—300, Roggen 228—258, Sommergerste 230—255, ausländische Gerste 224—240, Mais 180—182 (beides magerer) Groß-Hamburg 203/100. Deutscher und Kuchenerweizen unverändert ruhig.

Bestandswerte für Politik und Volkswirtschaft: Dr. Fritz Schmitz für Freiheit Lübeck und Zeitungen: Hermann Beyer für Freiheit: Carl Vaidhardt Druck und Verlag: Friedr. Beyer u. Co. sämtlich in Lübeck

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten